

Neuer Vorwärts

Nr. 188 SONNTAG, 17. Januar 1937

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Der Entscheidung entgegen
Spanische Eindrücke
Die Streickerkultur
Rückzug und Provokation

Offener Brief an das deutsche Volk

Von Herbert Morrison, Mitglied des Parlaments und Stadtpräsident von London

Einer der tatkräftigsten und angesehensten Führer der englischen Arbeiterpartei, Herbert Morrison, wünscht sich mit den folgenden Ausführungen direkt an das deutsche Volk zu wenden. Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, damit seinem Wunsche Erfüllung wird.

Der Krieg ist nicht unvermeidlich, aber die kapitalistischen Regierungen treiben eine Politik, die, wenn sie fortgesetzt wird, ihn unvermeidlich macht. Alle tragen ihr Teil der Verantwortung, unsere sowohl wie die eure, keine hat einen planvollen und energischen Versuch gemacht, den Frieden zu organisieren. Alle rüsten zum Krieg.

Aber die arbeitenden Völker wollen keinen Krieg. Sie wissen, was er bedeutet: Tod und Verstümmelung, Armut und Elend, schließlich Enttäuschung und schließlich schwere Wirtschaftsnot für Sieger und Besiegte.

Du, deutsches Volk, willst den Krieg nicht. Wir wollen ihn auch nicht, und ebenso wenig wollen ihn die anderen. Trotzdem, wie die Dinge liegen, treiben wir immer näher zum Krieg.

Wer sind die Schurken in diesem Trauerspiel? Vor allem die Leute, die selber nicht kämpfen werden, die am allersichersten sitzen, eure aufgeblasenen Größen und die unseren Arbeiter und kleine Leute werden wieder die Opfer sein.

Was können wir tun, wir Volk überall in der Welt? Wir Männer der Arbeiterbewegung in den demokratischen Staaten sind uns der Gefahren wohl bewußt. In England kritisieren wir unausgesetzt die schädliche und schwankende Politik unserer Regierung und fordern, daß unser Land bei der Organisation des Friedens die Führung übernimmt. Wir stehen zur klaren Idee des Völkerbundes, zur kollektiven Sicherheit. Wir wollen, daß England, Frankreich und Sowjetrußland alle europäischen Mächte einladen zu gegenseitigem Beistand, Nichtangriffspakt und einem Friedensbund der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes, als einer wirksamen Organisation des Friedens und der Wirtschaftsbesserung für alle. Wir wünschen, daß euer großes Land mit dabei sei und am Gewinn wie an der Verantwortung teilhabe.

Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, damit unsere Regierung eine solche Politik verfolge. Der Erfolg mag uns dabei versagt bleiben, doch werden wir auf alle Fälle versuchen, unsere Regierung bei den nächsten Wahlen zu schlagen und die Rückkehr einer Arbeiterregierung zu sichern, der allein zuzutrauen ist, daß sie die Welt zu Frieden und Wohlstand führen wird. Wir wollen nicht gegen euch kämpfen. Wir glauben auch nicht, daß ihr gegen uns kämpfen wollt. Mit Trauer erinnert sich das englische Volk daran, daß im letzten Krieg Deutsche und Engländer gegeneinander gestanden haben. Wir anerkennen eure guten Eigenschaften. Die Franzosen denken ebenso, die Russen hegen keine Feindschaft gegen euch und ebenso wenig die Arbeiter Italiens. Kein an-

ständiger Mensch in irgend einem Lande hat Lust, andere Menschen zu töten.

Dennoch, das verhängnisvolle Treiben geht weiter.

Eure Verhältnisse — ähnlich wie die in Italien und Oesterreich — sind, ich weiß es, von den unseren, sehr verschieden. Wir können immer noch unserer Regierung sagen, was wir von ihr denken. Wir sind immer noch frei, die öffentliche Meinung in unserem Sinne zu bilden. Unsere Regierung muß mit uns rechnen. Darum möchte unser Volk nicht unsere Regierung gegen eure und nicht unser Regierungssystem gegen das eure eintauschen.

Ihr seid Unterworfenen einer persönlichen Diktatur, gestützt auf eine politische Partei, die wieder nur dem Diktator und nicht dem Volke verantwortlich ist.

Ich richte diesen offenen Brief an euch. Doch ich weiß, daß ihr ihn nicht lesen werdet. Denn euer Diktator er-

laubt euch nichts zu lesen, was ihm nicht gefällt. (Gleichwohl, wenn jemand diesen offenen Brief übersetzen und zur Verbreitung in Deutschland drucken wollte, so würde mir das eine große Ehre und eine tiefe Genugtuung sein.)

Was also könnt ihr, die ihr eure politische und geistige Freiheit verloren habt, in eurem Lande für Frieden und Freiheit tun? Nicht allzuviel vielleicht im aktiven Sinne und dennoch vielleicht! Aber ihr könnt nachdenken, könnt auf Gelegenheiten warten, könnt versuchen eure Gesinnung rein zu halten und könnt hoffen...!

Und wenn der Krieg der Welt aufgezwungen werden sollte, dann können wir alle weiterdenken im Geiste des Friedens, der Menschenverbrüderung, der Freiheit — und können auf unsere Gelegenheiten warten.

Wir ehren und verehren jene zahlreichen Deutschen, die sich allen Schwierigkeiten zum Trotz ihre Ueberzeugung bewahrt haben. Es ist von unermeßlicher Wichtigkeit für die kom-

mende junge Generation Deutschlands, daß sie wenigstens etwas von Frieden und Sozialismus weiß. Das Licht darf nie ganz ausgehen. Denn der Tag des Volkes wird kommen!

Hitler und seine Regierung des Kapitalismus und der Volksverelendung sind eine große Gefahr für die Welt. Euch erzählen sie, daß euer Land von Feinden umgeben sei, die seine Vernichtung wollen. Sie lügen, sie wissen, daß sie lügen.

Frankreich mit seinem sozialistischen Ministerpräsidenten wünscht einen Dauerfrieden mit Deutschland und würde seinen Eintritt in einen all-europäischen Friedensbund unterstützen. Die englische Regierung würde eine solche Entwicklung nicht aufhalten können, selbst wenn sie es wollte. Und Sowjetrußland, das Land der verruchten Bolschewiken, über das eure Nazi so viel Unsinn erzählen? Hat nicht gerade die Sowjetregierung Deutschland eingeladen, an einem Friedenspakt teilzunehmen, durch den

Rückzug und Provokation

Das braune System hat abermals eines jener gewissenlosen politischen Manöver durchgeführt, die mit dem Kriege spielen. Es hat als Antwort auf die Note der Westmächte über die deutschen Truppen in Spanien, die als »Freiwillige« bezeichnet werden, eine unverschämte Antwort veröffentlicht, die nur dem Zweck der Verschleppung dient. Es hat eine Intervention zugunsten Francos betont fortgesetzt, und es hat einen Pressefeldzug der Provokation und der Lüge gegen Frankreich entfesselt, als die französische Regierung gegen die Verletzung der internationalen Verträge über Spanisch-Marokko Front machte.

In der Frage Marokko hat Hitler eine seiner überheblichen Erklärungen abgegeben. Sie stellt einen diplomatischen Rückzug dar in einer Frage, die unmittelbaren Zündstoff in sich birgt. In der Frage der Nichtinterventionspolitik jedoch, denkt er nicht an Rückzug.

Dieser diplomatische Rückzug wird nach innen hin verdeckt durch eine Offensive der gleichgeschalteten Presse gegen Frankreich. Diese Pressechetze war eine Generalprobe der Kriegslüge. Sie hat enthüllt, mit welchen Mitteln die deutsche Propaganda im Kriegsfall vorzugehen gedenkt. Es muß für alle demokratischen Länder lehrreich sein, daß auf Befehl von oben die deutsche Presse dem deutschen Volke vorgelesen hat: »Gründung einer Sowjetrepublik in Südfrankreich unmittelbar bevorstehend.« Die schlimmsten Kriegslügen des Weltkrieges werden Waisenkinder sein gegenüber den Lügen, die das deutsche Propagandaministerium auf Lager hat.

Dieser Lügenfeldzug ist auf energischen französischen Widerstand und kräftige Zurückweisung gestoßen. Die Verantwortung Hitlers für diesen Pressefeldzug ist von französischer Seite eindeutig festgestellt worden.

Aber dieser diplomatische Rückzug darf die Tatbestände nicht verdunkeln. Tatbestand ist, daß Deutschland und Italien in Spanien gegen die rechtmäßige spanische Regierung Krieg führen. Tatbestand ist, daß deutsche Kriegsschiffe, deutsches Material und deutsche Truppen dem Rebellen Franco Hilfe lei-

sten. Tatbestand ist, daß der Rebell Franco Hitler die Ausbeute der Bergwerke von Spanien und Spanisch-Marokko überliefert, und daß die deutsche Durchdringung Spanisch-Marokkos fortschreitet.

Während dies geschieht, soll Schacht in Paris über eine deutsch-französische Wirtschaftsverständigung verhandeln. Was Hitler von den demokratischen Ländern mit der Taktik der Erpressung, der Kriegsdrohung, mit der Geste des Amokläufers gegen den Frieden erreichen will, ist ganz einfach: die demokratischen Länder sollen nicht nur die Kosten seiner Expedition in Spanien bezahlen, sie sollen darüber hinaus noch das liefern, was zur Vollandung der deutschen Kriegsrüstung an Rohstoffen, an Stärkung der finanziellen und wirtschaftlichen Basis fehlt.

Mangel überall

Aus Bayern wird uns geschrieben: Der Rohstoff- und Warenmangel macht sich von Tag zu Tag fühlbarer bemerkbar. Es gibt keinen Industriezweig mehr, in dem man das nicht merkt, ebenso wie in der ganzen Lebensmittelversorgung. Es ist im Angesicht der Fettkarte schon nichts Sonderliches mehr, wenn man in Nürnberg z. B. kein Rindfleisch bekommen kann, man unterhält sich bereits mit dem Gefühl der Angst darüber, wie es in wenigen Wochen mit der Brot- und Mehlversorgung sein wird. Man sieht an dem immer schwärzer werdenden Mehl, daß zu wenig Mehl da ist und erwartet die Mehl- und Brotkarte.

Bei den Bauern geht man brutal vor wegen der Butterablieferung. Wenn der Bauer erklärt, daß er nicht mehr liefern könne, weil er von seinen Kühen nicht mehr Milch erhalte, da er sie zur Arbeit einspannen müsse, wird den Bauern gedroht, daß ihm diese Kühe abgeschlachtet werden, wenn er nicht selbst sich richtige Milchkühe anschaffe.

Die Holzschuhindustrie hat Aufträge wie nie zuvor. Sie können nicht ausgeführt werden, da die Holzschuhfabrikanten nicht einmal das minderwertige Spaltleder mehr bekommen. An Leder fehlt es überall und alle

Schuhmacher jammern, daß sie fast nirgends Leder auftreiben können und wenn sie ja eines zu kaufen bekommen, so ist es von minderwertiger Qualität.

Für Filzschuhe ist kein Filz mehr da, die Filzhüte steigen enorm im Preise. Dabei ist eine Qualitätsverschlechterung ärgster Art bei Filz festzustellen.

Aus dem westlichen Industriegebiet erfahren wir:

Die Schmalzknappheit ist seit zirka zwei bis drei Monaten derartig, daß die Händler den Kunden, ohne diese zu fragen, zu der geforderten Ware $\frac{1}{4}$ Pfund Schmalz wöchentlich einmal bellegen. Dann erübrigen sich Rückfragen im Beisein anderer Käufer.

An den sogenannten Fleischtagen stehen, besonders in den Arbeitervierteln, lange Schlangen vor den Schlächterläden — und zwar schon in aller Herrgottsfrühe. Diese Tage sind in der Regel Dienstag und Freitag. Es handelt sich vor allem um den seltenen Verkauf von Schweinefleisch. Die Kunden haben dann auch nicht die Gelegenheit, irgendwelche Wünsche zu äußern, sondern müssen mit dem durch den Schlächter zugeteilten Fleisch zufrieden sein. Bis zum Mittag ist ausverkauft. Die Qualität des Schweinefleisches ist teilweise stark verschlechtert. Wie uns durch einen Züchter mitgeteilt wird, haben die reichhaltig zugeteilten Futtermittel daran Schuld. Der Züchter klagte heftig seine Not darüber, daß die Schweine das zugewiesene Mischfutter nur aufnehmen, bis der größte Hunger gestillt ist. Dann legen die Tiere sich hin und lassen das Futter unangerührt. Zum Mästen ist es also nicht geeignet.

Ebenso steht es mit den Futtermitteln für das Geflügel. Der Preis stieg von 9 auf 14 Pfennig. Zu dem Futter wird nur ganz minderwertiges Getreide genommen, dadurch aber blüht der heimliche Roggenhandel. Die Geflügelzüchter sind sonst nicht in der Lage, die von ihnen verlangten Eiermengen an die Amtstellen abzuliefern.

es sich verpflichten wollte, Deutschland zu verteidigen, falls es angegriffen würde? Eure Regierung hat das abgelehnt.

Beide, Frankreich und Rußland, würden Deutschland als Teilnehmer an einem erweiterten Frankreich-Sowjetpakt begrüßen.

Deutschland ist nicht eingekreist. Eure Regierung selber hat sich eingekreist.

Kein Volk will euch angreifen. Ich glaube auch nicht, daß irgendeine Regierung euch angreifen will. Sicher will es die Sowjetregierung nicht. Warum sollte sie auch? Sie hat alles Interesse daran, den Aufbau einer planvollen sozialistischen Wirtschaft in Frieden fortzusetzen. Ihr tut jeder Pfennig leid, den sie unter dem Druck Hitlers und Japans für Rüstungen ausgeben muß.

Kapitalistische Regierungen können unter Umständen kriegslustig sein. Eine sozialistische Regierung muß ihrer Natur und ihrer sozialistischen Aufgabe entsprechend, den Frieden wollen.

Die ganze Welt weiß, daß ein friedliches Deutschland nichts zu fürchten hat. Nur das deutsche Volk selbst weiß es wahrscheinlich nicht, weil die Nazi-Regierung keine Mühe scheut, die Wahrheit von ihm fernzuhalten. Leider aber macht die Politik eurer Naziregierung alle friedlichen Länder gegen Deutschland aufs äußerste mißtrauisch. Das ist für euch die größte Gefahr. Das ist für euch die wirkliche Gefahr.

Die Nazi preisen die Gewalt. Sie entwickeln kriegerische »Tugenden« schon bei den Schulkindern. Haben sie nicht ihre politischen Gegner in Deutschland mit Mord, Raub und Folter unterdrückt? Und gibt nicht daher auch ihre Tyrannei dem deutschen Volke das volle moralische Recht zur Rebellion, wann immer die Rebellion mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden kann?

Ohne eure freie Zustimmung verschleudert die Naziregierung für Rüstungen Milliarden Mark, die Früchte eurer Arbeit und drückt mit solchen Ausgaben eure Lebenshaltung nieder.

Haben nicht Heß, Göring und Göbbels geschrien: »Kanonen statt Butter!« Sie nehmen euren Kindern die Butter vom Brot, um die Generale mit Kanonen zu füttern. Dadurch geben sie unserer Regierung eine Entschuldigung, wenn sie desgleichen tut, obwohl dabei gesagt werden muß, daß unsere Lebenshaltung in der Demokratie, selbst die unserer Arbeitslosen, höher ist als die eure unter der Herrschaft des Faschismus.

Jetzt tut eure Regierung alles, was sie kann, um die Freiheit der Arbeiter in Spanien zu vernichten. Und die unsere weiß nicht, ob sie darüber traurig oder froh sein soll. Eure Regierung konspiziert in der ganzen Welt gegen das Volk und gibt dafür euer Geld aus.

Jeder Freund des Friedens und der Freiheit, jeder denkende Sozialist, Gewerkschafter, oder Genossenschaftler verabscheut die Naziregierung und betrachtet sie als Gefahr für den Frieden und die Freiheit der Welt. Bitte tadelt darum nicht die Welt: die Naziregierung selbst hat das zustande gebracht. Sie war es, die euer Land einkreiste.

Mehr noch, eure Regierung macht Deutschland zum Gegenstand des Gelächters. Nehmt zum Beispiel die holländische Hochzeit. Entschuldigt, wenn wir lachen — oder vielmehr, lacht mit.

Verzeiht meine Aufrichtigkeit! Ein Freund muß aufrichtig sein. Glaubt nicht, ich sei gegen das deutsche Volk voreingenommen. Vor der Nazirevolution habe ich euer Land wiederholt mit Vergnügen besucht. Das deutsche Volk hat mich freundlich aufgenommen, und ich habe mich in seiner Mitte wohlgefühlt.

Jedes Volk hat seine Unvollkommenheiten, — weder wir sind eine Ausnahme von dieser Regel, noch seid ihr es. Aber es besteht kein Grund zu irgend einer allgemeinen Voreingenommenheit gegen das deutsche Volk.

Euer größter Feind ist eure Regierung, der wahre Einkreiser Deutsch-

Sprengstoffattentat in München

In der Silvesternacht wurde auf eine Polizeiwache in der Hohenzollernstraße ein Bombenattentat durchgeführt. Gegen 2 Uhr nachts wurden die Bewohner der umliegenden Häuser durch zwei heftige Detonationen aus dem Schlaf geweckt. Zuerst dachte man an einen Silvesterumzug. Bald sammelten sich viele Menschen auf der Straße und man konnte erkennen, daß etwas Ernstes geschehen war. Die Feuerwehr, das Ueberfallkommando und der Rettungsdienst erschien auf dem Platz. Sofort wurde die Straße abgeriegelt und die Menschen aufgefordert, sich zu zerstreuen.

Bald war überall bekannt, daß in die Polizeiwachstube Bomben geworfen worden waren. Die Inneneinrichtung der Wache war vollständig zertrümmert und das Kellergewölbe war eingestürzt. Wieviele Beamte dabei zu Schaden kamen und ob Todesfälle zu verzeichnen sind, konnte von uns nicht festgestellt werden. Beobachtet wurde, daß das Sanitätsauto zweimal fahren mußte. Die Verletzten wurden in das Krankenhaus Schwabing verbracht. In derselben Nacht wurde noch mit den Aufräumarbeiten begonnen. In der Presse war kein Wort über diese die Bevölkerung der ganzen Stadt bewegende Tatsache zu lesen.

Toller über die Republik

Eine Versammlung in New York. In einer großen Versammlung in New York sprach der Dichter Ernst Toller. Er sagte:

Wenn Hitler heute erklärt, daß die Republik das deutsche Volk politisch, wirtschaftlich und moralisch zerstört hat, so wollen wir ihm antworten, daß er nicht einen Bruchteil dessen geschaffen hat, was die Republik als schöpferische Leistung aufweisen kann.

Die Republik hat Werke aufgebaut, die in der Welt vorbildlich wirkten.

Ihre Sozialpolitik, ihre Krankenversicherungen, ihre Invalidenversicherungen, ihre Alters- und Arbeitslosen-Versicherungen, ihre Hospitäler und Erholungsanstalten, ihre Tarif- und Arbeitsrechte, ihre Siedlungen und Sportplätze, ihre kulturellen Leistungen, die Freiheit des Glaubens, der Wissenschaft und der Kunst, die in ihr herrschte, haben

die Bewunderung der Welt erregt.

Das Beste der Republik hat Hitler zerstört, und was er nicht zerstört hat, bucht er als seine Leistung. Die Welt hat ein so kurzes Gedächtnis, daß sie ihm glaubt und vergessen hat, daß die mißhandelten Männer, die heute in Konzentrationslagern verkommen, die vorbildlichen Schulen, Hospitäler, Sportplätze, Heilmatten und Erholungshäuser gebaut haben.

Einem Vorwurf allerdings, den Hitler gegen die Republik erhebt, stimmen wir zu: die Republik war zu schwach. Zu schwach gegen ihre Feinde. Hätte die Republik weniger Duldsamkeit gegen ihre Widersacher gezeigt, hätte sie mit hartem Willen und harter Tat sie niedergehalten, nie wäre ihr Fundament zerstört worden.

Die »Neue Volkszeitung« in New York schreibt zu dieser Versammlung:

Während im vorigen Jahre nur die amerikanische Flagge gezeigt wurde, erschien diesmal die schwarzrotgoldene Fahne der Deutschen Republik auf der Bühne, und wir begrüßen es ganz besonders, daß auch während der Reden der Leistungen der Deutschen Republik gedacht wurde. Leider besteht in manchen Kreisen der Deutschamerikaner die Neigung, die deutsche Republik wegen ihres Unterliegens un-

lands. Sie hat die militärische Stärke Deutschlands riesenhaft gesteigert. Das ist wahr! Aber sie hat trotzdem mehr getan, um Deutschland zu schwächen, als irgend eine deutsche Regierung jemals zuvor. Denn sie hat euch wirtschaftlich unendlich viel schwächer gemacht als ihr sein müßtet.

Andern Regierungen hat sie Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgründe für ihre Rüstungen geliefert, wobei ich keineswegs die Entschuldigungsgründe vergessen will, die jene der euren geliefert haben. Wir englischen Sozialisten haben nie aufgehört, unsere Regierung wegen ihres Anteils an dem Verrat an der Abrüstungskonferenz anzugreifen.

Aber damit wird die Naziregierung mit ihrer hartnäckigen diplomatischen Unfähigkeit und Plumpheit, ihrer massiven und aggressiven Aufrüstung und ihrer Verschwörung, gegen die Freiheit und den Fortschritt in der ganzen Welt in keiner Weise gerechtfertigt.

ter dem Ansturm Hitlers und seiner bewaffneten Horden etwas geringschätzig zu behandeln. Es möge uns daher erlaubt sein, die schwarzrotgoldene Note dieses zweiten Deutschen Tages als ein Zeichen für beginnende Objektivität in der Beurteilung der deutschen Republik und der für sie verantwortlich gewesenen Parteien anzusehen.

Tollers Rede wurde von der Versammlung mit ungeheurem Beifall aufgenommen.

Von der Gestapo ermordet!

Der sozialdemokratische Funktionär und Sekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes Otto Hampel aus Staßfurt bei Magdeburg ist von der Gestapo ermordet worden. Genosse Hampel war führendes Mitglied der SPD, Leiter der Eisernen Front und Stadtverordneter in Staßfurt. Durch seine energische gewerkschaftliche und politische Arbeit war der Ermordete in der ganzen Arbeiterschaft des Gebietes sehr beliebt.

In den ersten Monaten der Machtergreifung durch die Nazis wurden die Industriestädte Staßfurt und Schönebeck bei Magdeburg, die beide eine sichere sozialdemokratische Mehrheit hatten, von brutalstem Terror ortsfremder Nazistürme heimgesucht. Anfang Februar 1933 wurde von einem Nazigymnasiasten der Staßfurter Bürgermeister und Abgeordnete Hermann Kasten durch Revolver-schüsse ermordet.

Otto Hampel gehörte zur Leitung der riesigen Massendemonstrationen, die gegen diesen Mord an seinem persönlichen Freund im ganzen Gebiet durchgeführt wurden. Bald darauf wurde von den SA-Mördern der Kollege Hampels in Schönebeck, Sekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes und Stadtrat, Genosse Otto Kresse, ermordet. Die Nazistürme hausten in Schönebeck und Staßfurt wie die Vandalen. Alle Familien führender Sozialdemokraten wurden heimgesucht, die Wohnungen wurden verwüstet und die zertrümmerten Möbel auf die Straße geworfen. Zu Dutzenden mußten die Genossen sich an allen möglichen Orten bei guten Freunden einen Unterschlupf suchen. Otto Hampel hat sich so bei Bekannten und Verwandten bis zum Sommer 1933 dem Zugriff der Nazis entzogen. Dann wurde er von der Gestapo aus der Wohnung seiner Tochter in Harburg verhaftet und nach 14 Tagen war er — ermordet! Seine Tochter durfte nur noch die Leiche bei der Polizei sehen. In der Arbeiterschaft seines langjährigen Wirkungskreises lebt er als Mahnung weiter.

Eine Bruchstelle im „Schnorrer-Sozialismus“

Die Winterhilfswerks-Bonzen und ihre trüben Geschäfte.

Folgende, von »obene« diktierte Notiz findet sich jetzt hier und da in der Hitler-Prese:

»Durch ein am 2. 12. 36 beschlossenes Gesetz ist dem Winterhilfswerk des Deutschen Volkes die Stellung einer rechtsfähigen Stiftung des bürgerlichen Rechtes verliehen worden. Diese Maßnahme war nötig, da bei den vom Winterhilfswerk abgeschlossenen Geschäften die Frage der Haftung unklar war. Insbesondere bei Erteilung größerer Aufträge hat das oft zu Unzuträglichkeiten geführt. Durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen wird das WHW zu einer dauernden Einrichtung gemacht.«

Die Begründung der auffälligen Maßnahme, die dadurch nicht bagatellisiert werden kann, daß die gleichgeschalteten deutschen Tages- und Fachschriften sie so ganz belläufig halb »unter dem Strich« bringen, ist aufschlußreich für den Wissenden genug. Die braunen

Dabei liegen die Dinge so, daß Deutschland, wenn es sich in einen Krieg stürzt, so gut wie sicher geschlagen werden wird. Teils darum, weil die Nazi selbst den Grund zu einer umfassenden Koalition gegen euer Land gelegt haben, teils weil der deutsche Mann in Reih und Glied nicht mehr mit dem Herzen bei der Sache sein wird, so bald auch nur ein Teil der Wahrheit zu ihm durchdringt.

Es ist zweifelhaft, ob Nazideutschland es auch nur mit einem isolierten Rußland aufnehmen kann. Denkt an die ungeheure Weite der Grenzen und der Entfernungen und an eure weit größere Verletzlichkeit bei Luftangriffen! Denkt auch daran, daß die Russen für ein sozialistisches Vaterland kämpfen würden, ihr aber für eine kapitalistische Despotie, die euch das Recht zu denken genommen hat! Und laßt euch nicht einreden, daß die Rote Armee eine Nachkriegsausgabe der morschen Zarenarmee ist!

Bonzen, die sich in der und an der völlig kontrollierten Besteuerung der Volksmasse durch den »deutschen Sozialismus«, der mit hochtrabenden Worten wie »Volkswohlfahrt« und »Winterhilfswerk« nur so um sich schmeißt, bereits gesund gemacht haben, dürften nicht zu zählen sein! Wenn wirklich ein Betrüger schon einmal hier und dort durch ein aufrecht gebliebenes Gericht verurteilt wird, läßt das höchstens bescheidene und sehr unvollständige Einblicke in das richtige Ausmaß der Korruption zu, die am Ganzen kliebt. Aus der Begründung des merkwürdigen Gesetzes, die Herr Göbbels anscheinend selbst verfaßt hat, geht nunmehr wohl zur Genüge hervor, wie die Herren »Amtswalter« mit irgendwelchen Parteivollmachten und anderen Kredit- und Druckmitteln gewüstet haben und wie sie ihre Liferanten ebenso wie ihre Betreuten übers Ohr gehaut haben müssen. Wer auch nur halbwegs Gelegenheit gehabt hat, dem Rummel des deutschen Bettel-Sozialismus aus der Nähe zuzusehen, hat sich über die Hohlheit und Fäulnis des »Zaubers« nie eine Illusion gemacht.

Aggressives Strafrecht

In der neu erschienenen Schrift »Wehrstrafrecht und allgemeines Strafrecht« (Herausgeber Staatssekretär Dr. Freisler) schreibt der Chef des Wehrmachtamtes im Reichskriegsministerium, Generalleutnant Keitel:

»Das kommende deutsche Strafrecht wird sozialistisch und sittlich ausgerichtet sein. Es wird auch ein kämpferisches Recht sein, das sich dem militärischen Grundsatz »Angriff ist die beste Parade« zu eigen macht. So wird das kommende, sozialistische, sittliche und kämpferische allgemeine Strafrecht mit den Grundzügen eines wahrhaften soldatischen Strafrechts übereinstimmen.«

»Angriff ist die beste Parade« — das kann im Strafrecht doch nur heißen, die Richter sollen zur Attacke vorgehen, sie sollen den deutschen Volksgenossen verletzen, ehe dieser ein geschriebenes oder ungeschriebenes Recht verletzt. Damit erfährt die Praxis, wie sie heute schon in der politischen Gerichtsbarkeit geübt wird, ihre theoretische Begründung.

»Zugriff der Volksgemeinschaft«

In der nationalsozialistischen Zeitschrift »Die Bewegung« lesen wir:

»Wenn die nationalsozialistische Bewegung seinerzeit klar zum Ausdruck brachte, daß die »Korporationen« trotz gelegentlicher Verdienste zu verschwinden hätten, so ist es keineswegs ihre Absicht, Organisationen verschwinden zu lassen, nur um an deren Stelle die Organisationslosigkeit und Freizügigkeit liberalistischer Auffassungen bestehen zu lassen.

Die Kreise, die sich zu diesem Freistudententum bekennen, einen Beitritt zum NS-Studentenbund also ablehnen, kennt man: winzige Reaktion und absterbende Konfessionalisten! Diese möchten sich dem Zugriff der Volksgemeinschaft, die ein Recht auf jeden einzelnen hat, dadurch entziehen. Wir können es nicht anders auffassen, und wir stehen nicht an, zu erklären, daß in unseren Augen jeder, der keinen Wert darauf legt, dieser Gemeinschaft anzugehören, die Konsequenzen tragen sollte. Diese Konsequenz bestünde aber darin, daß er darauf verzichtet, infolge seiner Vorbildung in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft eine erhöhte Stelle einzunehmen und im nationalsozialistischen Deutschland zu verdienen.«

Die Korporationen wurden abgeschafft, aber ihre überlasteten Auswüchse: die Beförderungscliquen leben in anderer Gestalt und in vertausendfachtem Maßstab weiter.

An Rußlands Seite steht jedoch Frankreich. Mag sein, auch England, mag sein, auch andere. Mag sein, sogar auch Italien. Denn Mussolini bringt es fertig, sich sowohl auf die eine Seite, wie auf die andere zu schlagen. Und in jedem Lande werden die Sozialisten und Demokraten, wie immer auch sie über ihre eigene Regierung denken mögen, gegen eure Naziregierung stehen.

Darum rettet euch, sobald ihr könnt, nicht vor einer verruchten Welt, sondern vor den verruchten Nazi-Reicht euren Brüdern in anderen Ländern die Hand für Frieden, Sozialismus und Demokratie. Noch steht das Wort: »Proletarier aller Länder vereinigt euch!« Jagt eure Verrückten davon sowie ihr könnt, und wir werden das unsere tun, auch die unseren davonzujagen!

Ich grüße euch, freundschaftlich und respektvoll, im Namen aller Völker und Länder

Euer Herbert Morrison.

Gestapo über Gesetz

Boxheimer Dokument Nr. 2.

Im Zentralverlag der NSDAP erscheint soeben, herausgegeben vom Reichsminister Dr. Frank, ein Sammelwerk »Deutsches Verwaltungsrecht«. Darin äußert sich Regierungsdirektor Dr. Best maßgebend über die Aufgaben der Geheimen Staatspolizei.

Wer ist Dr. Best? Er ist der Verfasser jenes berühmten Boxheimer Dokuments, das für jeden Widerstand gegen einen Naziputsch die Todesstrafe vorsah. Der Enthüller dieses Dokuments Schäfer wurde bald darauf angeschossen. Nach der Machtergreifung gehörte er zu den ersten, die ermordet wurden.

Jetzt, am Ziele angelangt, entwickelt Dr. Best die Theorie des nationalsozialistischen totalen Polizeistaates.

»Die Geheime Staatspolizei hat die Aufgabe, alle staatsgefährlichen Bestrebungen zu erforschen und zu bekämpfen.« Staatsgefährlich ist aber nicht bloß der »Angriff auf Partei und Staat«, staatsgefährlich ist auch alles, »was in seiner Auswirkung den Staat gefährdet«. Darum kann, so erklärt Best,

ein vollkommener Katalog der staatsgefährlichen Bestrebungen nie gegeben werden. Was heute noch nicht staatsgefährlich ist, kann es morgen sein. (Also z. B. das Maschinenschreiben, das Radfahren oder auch das Atemholen gewisser Personen, die sich unbeliebt gemacht haben.)

Das größte Gewicht legt Best auf die Erforschung alles dessen, was staatsgefährlich ist oder werden kann. Dazu gehört vor allem

die Beobachtung von Personen, die aus der Vergangenheit als Gegner der NSDAP bekannt sind.

Diese Gegner betätigen sich entweder illegal — das tun zumeist die Marxisten — oder sie haben sich »in getarnte Tätigkeitsformen zurückgezogen, d. h. in an sich offene und legale Tätigkeitsformen, in denen der staatsgefährliche Zweck nur nebenbei oder nur mittelbar gefördert wird.« Gegen diese Art von staatsfeindlichen Elementen, es sind damit wohl in erster Linie Katholiken, Bekenntnischristen und Stahlhelmer gemeint, (aber auch die »Ernstes Bibelforscher« werden besonders als staatsgefährlich angeführt) empfiehlt Best,

ein Korps von Spezialisten heranzubilden.

Für Agenten und Spitzel hat er wenigstens auf dem Papier, nichts übrig. Er ist aber konsequent genug, gegen ihre Verwendung nicht moralische, sondern nur finanzielle und technische Gründe anzuführen. Dagegen ist sein Wunschtraum »die totale Mobilmachung der Aufmerksamkeit des ganzen Volkes gegen alle staatsgefährlichen Bestrebungen«, »die Mitarbeit aller Nationalsozialisten«.

Jeder Nazi ein Denunziant,

das ist das Ideal des totalen Polizeistaates!

Die rechtlichen Mittel für die Zwecke der Geheimen Staatspolizei haben eine gesetzliche Regelung nicht gefunden. Sie ist auch nach Best gar nicht möglich, denn »die präventiv-polizeilichen Aufgaben und damit die zu ihrer Erfüllung erforderlichen Mittel können nicht für alle Zeiten beschrieben und normiert werden«. Danach hat die Polizei das Recht, alle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, »soweit nicht gesetzliche Bestimmungen dem ausdrücklich entgegenstehen.« Solche Bestimmungen sind aber, wie Best feststellt, nicht mehr vorhanden, da »die sogenannten Grundrechte der Weimarer Verfassung aufgehoben wurden«.

Es gibt also keine Grenzen der Polizeigewalt.

Auch der Staatsanwalt und der Richter haben nichts dreinzureden, da die Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei nur der »Nachprüfung im eigenen Dienstwege« unterliegen. Mit anderen Worten, die Gestapo kann die Richter in das Konzentrationslager stecken, aber die Staatsanwälte können nicht Strafantrag wegen rechtswidriger Freiheitsberaubung stellen. Sie werden sich hüten!

Die Mittel der Gestapo beginnen mit der Warnung und steigern sich bis zur Schutzhaft. Davon mögen gefälligst jene Zeitungsredaktionen Kenntnis nehmen, die ihren Lesern einreden wollen, das Dritte Reich sei dabei, »eine Konzentrationslager abzubauen!« Außerdem gibt es noch teilweise Einschränkungen der persönlichen Freiheit, die Aufenthaltverbote, Meldepflicht usw. Ebenso kann die Verfügung über Eigentum eingeschränkt oder entzogen werden.

Abgesehen von Schutzhaft und Vermögenskonfiskation verfügt die Geheime Staatspolizei, wie die ganze Welt weiß, auch noch über andere Mittel, wie körperliche Folterung oder Tötung der »sogenannt staatsgefährlichen Personen. Von diesen Mitteln spricht Dr. Best nicht, was jeder verstehen wird, der sich an den Fall Schäfer, einen von Tausenden, erinnert.

Der Entscheidung entgegen!

Paris, 12. Januar.

Die internationale Spannung nähert sich rasch der Krise. Vor Madrid ist die neue Offensive im Gange, die von den meuternden Generalen mit verstärkten Kräften geführt wird, mit Material, das von Deutschland und Italien geliefert ist. Der Anteil Deutschlands an der Materiallieferung hat sich dabei in letzter Zeit außerordentlich vermehrt. Den Kern der angreifenden Truppen bilden nicht mehr die Fremdenlegionäre, die marokkanischen Mauren und die spanischen Phanalangisten, sondern die, die man in Frankreich und England die »blonden Mohren« genannt hat, SS- und Reichswehrformationen aus Deutschland. Es sind die von Hitler zu Militärdienst gezwungenen deutschen Arbeiter und Bauern unter Führung junger Offiziere, die die spanische Demokratie zu meucheln befohlen sind. Es sind deutsche Arbeiter und Bauern, die der bankrotten nationalsozialistischen Wirtschaftsführung die spanischen und marokkanischen Erzlager erobern, deutsche Arbeiter und Bauern, die dem italienischen und deutschen Faschismus das Sprungbrett zu einem neuen Weltkrieg sichern sollen. Die nationalsozialistische Schande geht am Tage los.

Der Kampf um Spanien kann nicht länger als ein Kampf um Weltanschauung getarnt werden. Es springt jetzt in die Augen, daß es sich um die Eroberung Spaniens durch Deutschland und Italien handelt. Es geht nicht allein um die reichen Rohstofflager — Eisenerze, Quecksilber, Kupfer, Phosphate und Kali — es geht um viel mehr, es geht um eine entscheidende Machtwortwältigung. Wie die Besetzung der Rheinlande für die nationalsozialistische Politik ein Mittel war, Frankreich in seine Grenzen einzuschließen, es von der Entscheidung in Osteuropa auszuschließen, seine Bündnisse zu entwerfen und es damit zu einer Macht zweiten Grades herabzudrücken, so bedeutet die Verwandlung Spaniens (und Portugals) in eine deutsch-italienische Einflußsphäre, die Besetzung der Pyrenäengrenze mit feindlicher Uebermacht, und die Abschneidung Frankreichs von seinen nordafrikanischen Kolonien, die zugleich ein wichtiges militärisches Reservoir darstellen. Es ist die Bedrohung Frankreichs in seinem Lebensnerv.

Es ist zugleich die Bedrohung Englands. Denn es beraubt England durch die Immobilisierung Frankreichs eines unentbehrlichen Bundesgenossen. Es sperrt England den Zugang zum Mittelmeer und nimmt ihm so den wichtigsten Verbindungsweg zu seinen überseeischen Gebieten. Aus der ideologischen Fragestellung ist jetzt unerbitlich die Machtfrage geworden.

Daß dies endlich zum Bewußtsein der englischen und der französischen Diplomatie gekommen ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. Die englische Diplomatie hat zunächst versucht, die deutsch-italienische Kooperation zu schwächen. Am 3. Januar wurde das englisch-italienische Gentlemenagreement unterzeichnet. Es sollte, nachdem die de-facto-Anerkennung der abessinischen Eroberung bereits vorausgegangen war, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten normalisieren. In einigen allgemeinen Sätzen versicherten die Vertrag-

schließenden, daß die Freiheit des Mittelmeeres ein Lebensinteresse beider Mächte sei, daß der Status quo aufrechterhalten werden soll und sie gegenseitig ihre Interessen und Rechte respektieren würden. Sie wollen ihre Anstrengungen vereinigen, um alles zu verhindern, was die guten Beziehungen stören könnte, die die gegenwärtige Erklärung konsolidieren soll.

Noch war die Unterschrift unter dem Papier nicht trocken, noch war die internationale Diskussion über die Bedeutung des neuen Friedensabkommens erst im Beginn, da erfuhr die englische Regierung, daß am 28. Dezember ungefähr 4000 und am 2. Januar etwa 6000 italienische Freiwillige in Cadix ans Land gegangen sind. Die Landungen setzen sich nach den offiziellen englischen Meldungen ununterbrochen fort. Es handelt sich dabei nicht nur um Italiener, sondern auch um deutsche Soldaten, in Uniform und mit allem notwendigen Material ausgerüstet. Herr Eden muß melancholisch konstatieren, was außer ihm wohl jeder gewußt hat, daß dem Gentlemen-agreement nur eines gefehlt hat: der Gentleman.

Der ersten Enttäuschung über die Möglichkeit, die deutsch-italienische Kooperation mit freundlichen diplomatischen Mitteln einzuschränken, folgte die zweite auf dem Fuße. Der wachsenden Gefahr mußte die englische und französische Regierung entgegenreten. In einer Note an Deutschland und Italien verlangten sie die Einstellung der unaufhörlich vor sich gehenden Truppensendungen, die in dem diplomatischen Jargon noch immer als »Freiwillige« bezeichnet werden, und forderten in energischen Vorstellungen die Beschleunigung der Antworten. Als diese eintrafen, stellte es sich nicht nur heraus, daß sie dem Sinne nach gleichlautend waren, daß also das Gentlemenagreement nicht das geringste an der italienisch-deutschen Zusammenarbeit gegen Spanien und damit gegen die Westmächte geändert hat, sondern daß diese Antworten durchaus nicht der französisch-englischen Erwartung entsprachen. Sie laufen darauf hinaus, das Verlangen der Einstellung weiterer Truppensendungen zwar prinzipiell anzunehmen, aber es praktisch an unerfüllbare Bedingungen zu knüpfen. Die anderen Staaten müßten vorher jede andere Art von Intervention verhindern und nicht nur Freiwilligensendungen, sondern auch Geldsammlungen, moralische »Intervention« durch Äußerungen in der Presse und in Versammlungen zu unterlassen und überdies die in Spanien befindlichen Freiwilligen zurückberufen. Wenn alle diese Bedingungen erfüllt wären, dann wären die faschistischen Staaten bereit, ihrerseits die Truppensendungen einzustellen. Es ist klar, daß die Antworten nur das eine Ziel verfolgen, Zeit zu gewinnen, kostbare Zeit für die bevorstehende Entscheidung, für die Schaffung eines neuen fait accompli, der vollzogenen, unwiderruflichen Tatsache.

Unterdessen verschärft sich die Lage von Tag zu Tag. In Spanien kämpft der Faschismus gegen den Bolschewismus. Hitler und Mussolini können da nicht anders, als ihre weltanschauliche Pflicht erfüllen. Daß ihnen so nebenbei ein ungeheurer Machtzuwachs gegen Frankreich England zufiele, ist eben der Lohn der guten Tat. Wie ist es aber in Spanisch-

Marokko, das unter der Herrschaft des Generals Franco steht, wo bisher von bolschewistischer Gefahr keine Rede war? Die offiziellen englischen und französischen Telegraphenagenturen veröffentlichten eben jetzt, daß in Melilla, in Spanisch-Marokko, seit etwa zehn Tagen starke Kontingente deutscher Truppen aller Waffengattungen in voller Uniform ausgeschifft werden und in der Stadt Quartiere beziehen. Alle Vorbereitungen für einen langen Aufenthalt sind getroffen. Drei Zerstörer und mehrere Unterseeboote liegen in dem Hafen. Zahlreiche deutsche Ingenieure, begleitet von einer ausreichenden Zahl von Facharbeitern, haben von den Erzminen des Hinterlandes Besitz genommen. Aber damit nicht genug. Auch in Rabat sind zwei- bis dreihundert deutsche Soldaten ausgeschifft worden. Zahlreiche deutsche Fachleute haben bereits bedeutende Stellungen in den Häfen und in der Verwaltung des Landes inne. In Tetuan wie in Ceuta, gegenüber von Gibraltar, suchen die Deutschen sich wichtige Verwaltungsfunktionen anzueignen. Wir sind also bereits in einer Phase, die viel weiter fortgeschritten ist als die des marokkanischen Abenteurers Wilhelm II. mit seiner unmittelbaren Kriegsgefahr.

Das in Kraft stehende Statut in Marokko aus dem Jahre 1912 verbietet Frankreich und Spanien, fremden Truppen den Zugang zum Scherifischen Reich zu gewähren. Die Franco-Behörden haben aber die Kasernen für die Aufnahme der deutschen Truppen zur Verfügung gestellt. Die französische Regierung hat die Rebellen von Burgos auf die Verletzung der Vertragsbestimmungen hingewiesen. Die französische Mittelmeerflotte ist im Begriffe, ihre jährlichen Manöver in den marokkanischen Küstengewässern abzuhalten und wird in der Lage sein, über die Integrität des Reiches des Sultans von Marokko zu wachen. Die englische Regierung, die ihrerseits durch die Vorgänge der letzten Tage aus ihrer Ruhe gründlich aufgeschreckt ist, will sich auf die Verzögerungsabsichten Deutschlands und Italiens nicht länger einlassen. Sie bereitet einen neuen Schritt vor, um der Entsendung von »Freiwilligen« dieser Länder in kürzester Frist Einhalt zu tun. Wenn nicht alles trügt, werden Deutschland und Italien sehr bald vor die Entscheidung gestellt sein.

Wie diese Entscheidung ausgehen wird, kann niemand sagen, da sie in letzter Instanz von den Entschlüssen unverantwortlicher Diktatoren abhängt. Gäbe es nicht diesen unberechenbaren Faktor, so könnte der Ausgang kaum zweifelhaft sein. Denn noch sind die Machtverhältnisse den friedenserhaltenden Mächten günstiger als den Angreifern. Noch spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß Mussolini im Ernstfall nicht die Aufrichtung einer deutschen Weltherrschaft unterstützen wird. Aber alles hängt von der Entschiedenheit ab, mit der die englische und die französische Regierung das »Bisher und nicht weiter!« auszusprechen versteht. Handeln sie einig und entschlossen, dann wird die Krise mit einem Siege des Friedens zum Abschluß kommen. Aber alles deutet darauf hin, daß die Entscheidung nicht mehr lange hinausgezögert werden kann. Richard Kern.

Winterhilfskontrolle — Gestapospitzel!

Aus Gleiwitz wird uns berichtet: In den letzten Tagen wurden in den Hultschinski-Werken, die seit den letzten Jahren überwiegend mit Munitionsherstellung beschäftigt sind, eine Reihe von Arbeitern verhaftet, ohne daß sich die Belegschaft die Ursache erklären konnte. Bisher sind 23 Arbeiter teils nach Oppeln, teils nach Breslau, in die Gefängnisse überführt worden. Wie nun bekannt wird, sind im Verlauf der letzten Wochen wiederholt Munitionskisten verloren gegangen, was die Gestapo auf den Plan brachte. In den Arbeiterwohnungen der Hultschinski-Werke erschien nun eine angebliche Kontrolle der Winterhilfe, wobei die Frauen befragt wurden, ob und in welcher Art sie berücksichtigt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde sehr eingehend ausgefragt, in welchem Betrieb der Mann arbeitet und ob man nicht wisse, was dort hergestellt wird. Da die Gestapo hier sehr ge-

schickt vorging und die Frauen nicht ahnten, daß sie es mit Spitzeln und nicht mit der Winterhilfskontrolle zu tun hatten, sagten sie manches aus, worüber schließlich die Arbeiter innerhalb der Familie aus dem Betriebe erzählten.

Wie groß war aber die Ueberraschung der Frauen, als die Männer nicht mehr von der Arbeitstelle heimkehrten, ihnen auch von der Betriebsleitung jede Auskunft verweigert wurde, da es sich um ein Werksgeheimnis handelt. Die fraglichen Arbeiter wurden früher einmal unter Eid verpflichtet, nichts aus dem Betriebe herauszutragen oder zu sagen. Da sie nun dieses Betriebsgeheimnis ihrer Familie gegenüber nicht wahrten, sind sie jetzt der Gestapo in die Hände gefallen. Dabei ist es innerhalb der Gleiwitzer Bevölkerung öffentliches Geheimnis, was und welcher Art Munition die Hultschinski-Werke herstellen. Da aber in diesem Werk wiederholt antifaschistisches Material vorgefunden wurde, die Belegschaft auch bezüglich der Löhne im Akkordverfahren

nicht zufrieden ist, unternahm man diese Aktion, um »Beruhigung« zu schaffen. Jedenfalls ist die oberschlesische Arbeiterschaft durch den Vorfall in den Hultschinski-Werken gewarnt, daß die Gestapo sich auch solch infamer Mittel der Winterhilfskontrolle bedient, um ihre Spitzel in die Arbeiterschaft zu schlecken. Wie uns aus Beuthen geschrieben wird, sind auch dort ähnliche Aktionen der Gestapo im Gange, wobei man es besonders auf die Kaufmannschaft abgesehen hat.

Die große Qual

In der Frage-Ecke des Königsberger Nazi-Blattes liest der staunende Zeitgenosse:

Wer weiß es...?

... auf welche Weise am leichtesten des Führers Buch »Mein Kampf« zu lesen ist?

Muß sich der gequält haben! Am leichtesten wäre das Buch zweifellos zu lesen, wenn es einmal ins Deutsche übersetzt würde. Oder meint der Anfrager die erste Originalfassung?

Der Vierjahresplan - Theorie und Praxis

Ein Mahnmal wirtschaftlicher Unvernunft

Die »Frankfurter Zeitung« bezeichnet in einem Artikel »Die Idee des Vierjahresplanes« (13. XII. 36) als dessen Zweck die Ueberwindung der »besonderen Hemmungen, die sich dem weiteren Aufschwung der deutschen Wirtschaft in den Weg stellen«. Man sollte meinen, daß es der »Tatkraft« des nationalsozialistischen Regimes im Laufe von vier Jahren gelingen »sein müsse, alle Hemmungen zu überwinden, anstatt neue heraufzubeschwören. Aber Göring hat in seiner vor den Führern der Wirtschaft gehaltenen Rede die Ursache dieser Hemmungen mit herzerfrischender Einfachheit gekennzeichnet. Er sagte, daß die mächtigen Fabriken, die auf Grund des Planes entstehen sollen, ebenso wie sie Mahnmale des deutschen Lebenswillens seien, für andere Nationen ein Mahnmal ihrer wirtschaftlichen Unvernunft darstellten. Der Vierjahresplan soll darnach nicht nur Deutschland von der ausländischen Zufuhr, sondern gleichzeitig auch die außerdeutsche Welt von ihrer wirtschaftlichen Unvernunft befreien. Weniger deutlich, aber dafür um so tiefergründiger bemerkt dazu die »Frankfurter Zeitung«:

»Diese weltzugewandte, austauschwillige, wettbewerbsfreundliche Grundhaltung, die das Gegenteil einer resignierenden und im Grunde genommen unspöttischen Verzichtspolitik bedeutet, indem sie ideologisch den Weg in eine bessere Welt offenhält, kann praktisch noch einmal ebenso bedeutungsvoll werden, wie sie schon rein als ideengeschichtliches Faktum auf alle Fälle in der ganzen Welt bemerkt zu werden verdient.«

Daß der Vierjahresplan ideologisch den Weg in eine bessere Welt offenhält, mag sein, aber die Frage ist eben, ob er auch praktisch dahin führt und nicht etwa ins Verderben. Daß der Plan des Führers in der ganzen Welt bemerkt zu werden verdient, ist dagegen ganz sicher. Er verdient es nicht nur, von der ganzen Welt bemerkt zu werden, sondern wird auch von der ganzen Welt bemerkt. Um so mehr, als Görings Kennzeichnung des Vierjahresplanes als Mahnmal eine offene Bedrohung darstellt und die Bekundung des Willens, die Lieferung von Rohstoffen, die die Welt nicht ohne Bezahlung hergeben will, von ihr durch Boykott zu erzwingen. Um diese Bedrohung vor der Welt mit dem Schein des Rechts zu umkleiden und zugleich dem deutschen Volke bei steigenden physischen Entbehrungen das seelische Durchhalten zu erleichtern, wird eine Dolchstoßlegende fabriziert und der deutsche Boykott ausländischer Waren als die Folgen des Boykotts deutscher Waren im Auslande hingestellt. So hat der Staatssekretär Baacke erklärt, daß der Vierjahresplan nicht einer autarkischen Ideologie entspringe, sondern nur als die Folge der Autarkie anderer Länder zu verstehen sei. Autarkische Tendenzen gibt es auch außerhalb Deutschlands. Aber war nicht das allerdings nicht erreichte Ziel des ersten Vierjahresplanes nächst der Beseitigung der Arbeitslosigkeit die »Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Scholle«? Wenn es sich nur um die Abwehr fremder Einfuhrhemmnisse handelt, warum wird da nicht wenigstens der Export zugelassen, gegen den das Ausland sich nicht sträubt? Der »Deutsche Volkswirt« (24. XII. 36) spricht nämlich davon, daß »vielleicht die Notwendigkeiten der deutschen Aufrüstung in nächster Zeit der Ausfuhr in der Rangfolge der Aufträge nicht mehr unbedenken und grundsätzlich die erste Stelle belassen« werden. Es ist also die deutsche Regierung selbst, die die Ausfuhr hemmt, wenn durch sie die Rohstoffbeschaffung für die Aufrüstung gefährdet wird. Die Ausfuhr wie alle anderen wirtschaftlichen Zwecke müssen hinter dem der Kriegsvorbereitung zurücktreten. Wie verträglich es sich auch, mit der Legende von der Autarkie des Auslandes, daß nach der Feststellung der amtlichen Statistik gerade zur Zeit der Verkündung des Vierjahresplanes Europa für deutsche Waren relativ aufnahmewilliger war als für die Waren eines anderen Landes! In einer Untersuchung »Der Weltmarkt im 3. Vierteljahr 1936«, »Wirtschaft und Statistik«, 1. Dezember-Heft, heißt es bei einem Vergleich des Außenhandels vom 3. Vierteljahr 1936 mit dem des Jahres vorher:

»In der Ausfuhr verzeichnet Deutschland die größte Wertsteigerung (um 116 Millionen RM); doch bleibt auch die Ueberwindung

fuhr Großbritanniens (um 109 Millionen RM) und Belgiens (um 90 Mill. RM) nicht weit hinter diesem günstigen Ergebnis zurück.«

Die deutsche Rohstoffnot ist also wohl weniger durch die wirtschaftliche Unvernunft des Auslandes verursacht als durch die Vergeudung von Rohstoffen und Rohstoffdevisen zugunsten der Aufrüstung.

Bolschewismus mit umgekehrtem Vorzeichen

Die »Frankfurter Zeitung« schrieb am 24. Dezember:

»Führt uns der Vierjahresplan nicht kernengerade in die Planwirtschaft hinein? Diese Frage, die vielen Menschen auf den Lippen schwebt, scheint auf den ersten Blick nicht grundlos zu sein. Ueberwachung und Verteilung von Rohstoffen, Beschränkungen des Produzenten und Verbrauchers, Genehmigungszwang, Anzeigenpflicht und Listensystem — sind sie nicht untrügliche Vorboten, wenn nicht schon deutliche Symptome einer Entwicklung, vor der alle Freunde von Freiheit und Persönlichkeit, alle Gegner des Bolschewismus, alle Anhänger der abendländischen Kultur mit gutem Grunde zurückschauern?«

In der Tat wäre es ein peinlicher Widerspruch, die Aufrüstung mit dem selbst übernommenen Amt des Schützers der Kultur vor dem Bolschewismus vor der Welt zu rechtfertigen und gleichzeitig selbst einen Bolschewismus mit umgekehrten Vorzeichen ins Werk zu setzen. Die »Frankfurter Zeitung« wirft den »Sowjets« vor, »die Wirtschaft statt durch lebendige Menschen und ihre Ideen und Initiativen durch einen Stapel von Verordnungen, Formularen und anderen Sorten gedrucktem Papier in Gang zu halten oder gar fortzubewegen«. Der zweite Vierjahresplan sei »ebenso wie der erste ganz etwas anderes als der Fünfjahresplan der Sowjets, die Pjatiletkas«. Er sei keine Planwirtschaft, sondern »die Ueberwindung der Planwirtschaft«, von der Adolf Hitler erklärt hat, daß ihr »nur zu leicht die Verbürokratisierung und damit die Erstickung der ewig schöpferischen Einzelinitiative folgt«.

In Wirklichkeit scheint es doch nicht ganz gelungen zu sein, die Verbürokratisierung zu vermeiden. Es scheint vielmehr, daß jedes der vielen Aemter, die es im Dritten Reich gibt, sich als eigener Staat im absoluten Staat aufbaut und das Bestreben hat, seine Daseinsberechtigung durch allseitiges Dazwischenfunken zu erweisen. Schachts »Deutscher Volkswirt« (24. XII. 36) schildert einen fast unglaublichen Fall bürokratischen Mißbrauchs. Handelte es sich um einen Einzelfall und nicht um einen Zustand, dann würde auch Schachts Organ die Flucht in die Veröffentlichung nicht riskieren. Eine Schwarzwälder Uhrenfabrik wurde »im Laufe kurzer Zeit von nicht weniger als sechs Stellen einer Nachprüfung unterzogen«, nämlich von der Arbeitsfront, von der zuständigen Parteidienststelle, vom Finanzamt, vom Wirtschaftsministerium, von der Reichsbank und von einem Auskunftsunternehmen«. »Die Beschuldigungen, durch die diese Stellen von dritter Seite mobil gemacht wurden, waren natürlich auf den jeweiligen Aufgabenkreis der betreffenden Dienststelle zugeschnitten, wurzeln aber alle darin, daß das beschuldigte Unternehmen seine Waren verschleudere und daher seinen sozialen Pflichten, seinen steuerlichen Verpflichtungen, seinem Schuldendienst usw. nicht nachkommen könne. Dieser Kern legt die Vermutung nahe, daß es privatinteressierte Kreise waren, die das Vorgehen veranlaßten. Die Nachprüfungen haben die Grundlosigkeit aller Anklagen festgestellt.« Es gab also außer den sechs Dienststellen eine siebente, den Denunzianten, der die Denunziation als Mittel im Konkurrenzkampf verwendet. Es sei, sagt der »Volkswirt«, damit nichts gegen die Ueberwachung als solche, sondern nur gegen ihren Mißbrauch gesagt. Diese Art des Mißbrauchs ist aber nur möglich, wo an Stelle des Rechtsverfahrens die Willkür der Amtswalter getreten ist und an die Stelle der öffentlichen Diskussion die Denunziation. Nun wird mit dem Vierjahresplan die Gesamtwirtschaft in den Dienst eines vom Staat kommandierten außerwirtschaftlichen Zieles gestellt, das notfalls mit drakonischen Mitteln durchgesetzt werden soll. Unter diesen Um-

ständen dürfte es schwer halten, dem Ausland einzureden, daß Deutschland nicht einem Zustand ähnelte, den der Führer in Nürnberg als »eine sich dem Kommunismus nähernde Wirtschaft« für unerwünscht erklärt hat und den die Welt, auf deren Wohlwollen es der deutschen Außenpolitik ankommt, im Sinne hat, wenn vom Bolschewismus die Rede ist.

Die »Staatskonjunktur« hat versagt

In einer Betrachtung über das Wirtschaftsjahr 1936 will die »Frankfurter Zeitung« zeigen, in welchem Maße die Staatskonjunktur bereits die private Initiative mitgerissen habe. Sie schreibt:

»Die Bruttoinvestitionen der Industrie schätzte das Statistische Reichsamts auf etwa 2 Mdn. gegen 1,5 Mdn. 1935 und 0,95 1934. Mit dieser Zunahme hätte die industrielle Investition den 1929 aufgewendeten Betrag erreicht und bliebe nur um etwa 600 Mill. unter dem letzten Höchststande von 1928.«

Nach dem Institut für Konjunkturforschung, also der gleichen Amtsstelle, Wochenbericht 1932, Nr. 23, betragen die Investitionen der Industrie 1928 2820 Millionen Mark. Das Jahr 1935 war dahinter also nicht um 600 Mill., sondern um mehr als 800 Mill. zurückgeblieben, das ist fast ein Drittel. Es ist aber im zweiten und dritten Jahr des Dritten Reiches nicht mehr Kapital in die Industrie gesteckt worden, als allein im Jahre 1925, das noch unter der Einwirkung der unmittelbaren Inflationsfolgen gestanden hatte. 1934 und 1935 wurden von der Industrie investiert 2450 Mill., 1925 2415. Aber im dritten Hitlerjahr ist nur wenig mehr investiert worden als selbst im Krisenjahr 1924, wo für 1400 Mill. Neu- und Ersatzanlagen errichtet worden sind. Das ist zum Teil die Folge davon, daß die Industrie mit einem Uebermaß stillgelegter Anlagen ins Dritte Reich gelangt ist. Aber allein die Ersatzinvestitionen betragen im halben Krisenjahr 1930 1700 Mill., also fast soviel wie 1934 und 1935 insgesamt investiert wurde. Es waren also sogar notwendige Reparaturen vernachlässigt worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die industriellen Investitionen im Dritten Reich eigentlich staatliche Investitionen sind, weil sie überwiegend auf Staatsaufträgen oder auf staatlicher Vorschritt beruhen und direkt oder indirekt vom Staat bezahlt werden. Es bleibt also ein nur winziger Rest »privater Initiative«. Es war aber nicht das ursprüngliche Ziel der »Staatskonjunktur«, die privaten Aufträge zu ersetzen, sondern sie anzuregen. Die Unternehmer hatten also dem Führer die Gefolgschaft versagt. Die Ueberleitung der Staatskonjunktur in eine echte Konjunktur ist mißlungen. Das ist der Grund, warum jetzt mit dem Vierjahresplan fast völlig der private Auftrag durch den staatlichen Befehl und die private Kapitalanlage durch die mittelbare und unmittelbare Finanzierung mit öffentlichen Mitteln ersetzt werden soll.

Das »Heldische« in der Praxis

Im »Deutschen Volkswirt« wird das Gelingen des Vierjahresplanes von des Volkes »nicht nur wirtschaftlichen Unterstützung, sondern auch moralischen« abhängig gemacht. Die wirtschaftliche, meint Schachts Organ, »findet sich in dem Willen zur Niedrighaltung aller Kostenfaktoren, soweit der Staat darauf Einfluß nimmt; also der Löhne, aber auch der Steuern«. Jedenfalls stehen die Löhne unter den Kostenfaktoren an erster Stelle. Die Löhne sind bekanntlich »stabil« gehalten worden, es gibt aber auch Kostenfaktoren, die nicht stabil bleiben werden, z. B. die infolge des Ersatzes der ausländischen durch heimische und künstliche verteuerten Rohstoffe. Aber davon ist nicht die Rede, weil eben die Kosten des Vierjahresplanes durch Verelendung der Massen aufgebracht werden sollen. Nur an die Arbeiter und Angestellten werden wirtschaftliche Ansprüche, an die Unternehmer die moralischen gestellt. Wörtlich sieht das so aus:

»Die moralische Unterstützung findet sie in der Anerkennung des wirtschaftlichen Menschen, des Unternehmers als einer Natur, die in einer auf das Heldische gerichteten

Zeit nicht etwa ein notwendiges Uebel, sondern einen wesentlichen Bestandteil bildet.«

Aber ganz so heldenhaft scheinen die Unternehmer doch nicht zu sein. Denn in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« vom 20. Dezember wird festgestellt, daß vielfach »versucht wird, durch die Anwendung aller möglichen Mittel und Kniffe den zweifellos vorhandenen, aber ebenso notwendigen Härten der Preisverordnung auszuweichen, um sich auf diese Weise die wirtschaftliche Bürde, die allen beteiligten Kreisen nun einmal durch die Verordnung auferlegt wird, zu erleichtern«. Dieser oder jener Kaufmann oder Fabrikant verschaffe sich Vorteile auf Kosten der Konsumenten, insbesondere durch eine Veränderung der Qualität der Ware. In einzelnen Fällen sei plötzlich die bisher übliche Qualität oder das bisher geführte Sortiment nicht mehr greifbar, aber etwas besseres, »das freilich eine Kleinigkeit mehr kostete«. Ein anderes Mittel ist, Sonderleistungen, die Jahre hindurch ohne Berechnung geblieben sind, zu berechnen oder sie einzustellen. Das sind relativ harmlose Fälle; sie betreffen meist den Einzelhandel, wo »Ausweichen« un schwer feststellbar ist. Es gibt aber in der Industrie Ausweichmittel kräftigeren Kalibers, z. B. Heeres-Lieferungen von schlechter und durch Hetzarbeit verschlechterter Qualität bei erprobten Methoden, den amtlichen Kontrollorganen auszuweichen oder sie sogar persönlich zu erweichen. Solche Dinge darf die »Deutsche Allgemeine Zeitung« nicht mitteilen. Das wäre noch heldenhafter, als sich »Der deutsche Volkswirt« die deutschen Unternehmer vorstellt!

G. A. F.

Das Land der Ueberpreise

Vierjahresplan in englischer Beleuchtung.

Der »Manchester Guardian« veröffentlicht einige Aufsätze seines Berliner Korrespondenten über den Vierjahresplan. Darin wird u. a. berichtet:

»Die deutsche Stapelfaser ist teurer als die ausländische, sie ist doppelt so teuer wie Baumwolle und in ihren besten Qualitäten annähernd ebenso teuer wie Wolle.

Synthetischer Benzin ist um mehrere hundert Prozent teurer als das importierte Mineralprodukt, synthetischer Gummi kostet vier- bis fünfmal so viel wie natürlicher. Deutsche Schafwolle hat garantierte Preise, die ein Vierfaches des Weltmarktpreises ausmachen. Flachs hat den doppelten Weltmarktpreis. Nahrungsstoffe sind außerordentlich teuer. Weizen und Roggen haben das Dreifache des Weltmarktpreises, Butter das Doppelte. Einige Fleischsorten sind um 60 Prozent teurer, der Zucker kostet viermal so viel wie auf dem Weltmarkt. Vegetabilien dagegen sind zu vernünftigen Preisen zu haben und manche Salsoprodukte sind besonders billig.

Der Druck der hohen Preise auf die niedrigen Löhne und Gehälter, wie sie in Deutschland gezahlt werden, ist entsprechend stark, und da die Tendenz immer noch nach oben geht, ist die Aufgabe des Preiskommissars keineswegs beneidenswert.

Der Berichtersteller kommt zu dem Ergebnis, daß sich deutliche Zeichen einer heraufziehenden Inflation bemerkbar machen. Schacht hat versagt — darum jetzt der Schrei nach Kolonien.

So erzieht man Spitzel

Die »NS-Gemeinde« Heft 1, 1937, berichtet, daß die Hitlerjugend in verschiedenen badischen Städten seit längerer Zeit einen Streifendienst durchführt, um das Verhalten der Jugendlichen zu kontrollieren. In verschiedenen Städten sollen bereits im Einverständnis mit den Stadtverwaltungen HJ-Angehörige zum hauptamtlichen Streifendienst ernannt worden sein, die von der Verwaltungsabteilung Fürsorge übernommen werden. Gegen eine Betreuung der Jugend durch die Jugend wäre prinzipiell natürlich nichts einzuwenden. Aber wer die Zustände in der HJ kennt, der weiß, daß von einer Betreuung, von einem Schutz etwa vor Ausbeutung oder moralischer Gefährdung in diesem Falle keine Rede sein kann. Die von uns zitierte Zeitschrift spricht ja auch wohlweislich nicht von Betreuung, sondern von »Kontrolle«. Kontrolle — das bedeutet politische Kontrolle. Kinder, die den Arm nicht oft genug hochreißen, Kinder und Halbwüchsige, die verdächtig sind, außerhalb der Hitlerjugend eigene Gruppen zu bilden oder mit katholischen Verbänden Fühlung zu halten, Söhne und Töchter von Neinsagern — die werden kontrolliert und denunziert werden. Sogar »hauptamtliche«, d. h. bezahlte Herumstreifer wurden zu diesem Zwecke ernannt, denn jeder Scherge, jeder Denunziant, sei er noch so jung, ist im Dritten Reich seines Lohnes wert.

Spanische Eindrücke

Zwischen heute und morgen

(Von einem besonderen Berichterstatler.)

Madrid, Anfang Januar 1937.

Wer sechs Wochen in einem fremden Lande weilt, ohne seine Sprache zu beherrschen, ohne die Verhältnisse aus eigener Anschauung zu kennen, die der jetzigen Umwälzung vorangingen, der wird nur mit aller Bescheidenheit von seinen Eindrücken sprechen. Eine gewisse Sorte Allerwärtsreporter mag ihren Lesern vorflunkern, das Land, in das sie eben die Nase gesteckt haben, wie die eigene Westentasche zu kennen. Wem es nicht auf Sensationen, sondern auf Zusammenhänge ankommt, gesteht lieber seine Ohnmacht, in so knappem Zeitraum ein abschließendes Urteil zu gewinnen, als daß er sich den Anschein der Sachkunde über Dinge gibt, die ein viel eingehenderes Studium erfordern, als es mir aus mancherlei Ursachen möglich war.

Aber es gibt doch gewisse einfache Dinge, in denen man als geübter Beobachter Zeugnis ablegen kann. Man kann sich z. B. mit Bestimmtheit äußern über das, was die deutsche Propaganda aus dem neuen Spanien macht: das angebliche »bolsewistische Chaos«. Dieser Propagandaschlager umschließt eine doppelte Unwahrheit: es herrscht in Spanien (womit hier immer der in den Händen der Regierung befindliche, weit volkreichere Teil des Landes gemeint ist), weder Bolsewismus noch Chaos. Ich will mich freilich nicht dafür verbürgen, daß nicht das eine oder andere einmal künftighin eintreten könnte; dann aber werden zweifellos die stärksten Schrittmacher dafür die faschistischen und nazistischen Interventionisten gewesen sein. Denn sie sind es, die den Krieg verlängern und verschärfen; das heißt, sie liefern die Voraussetzungen für Folgen, die sie zu bekämpfen vorgehen.

Von einem Chaos kann in Spanien nach meinen Beobachtungen keine Rede sein. Natürlich bleibt ein lang dauernder Krieg nicht ohne wirtschaftliche Folgen für das Land, das ihn führt — und hier entspringen gar beide kriegsführende Parteien dem gleichen Land. Aber im allgemeinen mußte ich doch in Spanien mit Ueberraschung konstatieren — ich hatte nämlich bei meiner Ankunft das Deutschland der Weltkriegszeit im Kopfe — wie viel Waren hier noch in den Geschäften und zu wie relativ billigen Preisen sie existieren.

Sie stehen auch nicht nur zur Schau, sondern werden eifrig gekauft; wobei allerdings die Käuferschicht gewechselt hat: auch die eleganten Geschäfte in den Stadtzentren haben sich z. T. auf Arbeiterkundschaft umgestellt; die teuren Waren haben Mittelwaren und Massenwaren Platz gemacht. Doch kann man sich hier z. B. immer noch ganz ohne Wollstra und Vistra und ähnliche deutsche Ersatzstoffe und, wenn man will, recht elegant kleiden — zu Preisen, die teilweise unwahrscheinlich niedrig anmuten (wobei allerdings eine exakte Preisumrechnung bei den durch-einandergerateten weltvalutarischen Verhältnissen nicht gegeben werden kann.)

In Madrid ist das Leben ernster und härter als an der selbst im Winter sonnenwarmen Mittelmeerküste. Aber das ist eine Folge der strategischen Situation der Stadt, dicht hinter der Front; den Fliegerbomben preisgegeben, zum Teil vom natürlichen Wirtschaftshinterland abgeschnitten. Daß solche Verhältnisse sich wirtschaftlich auswirken, kann nur Narren verwundern; es hat das aber gar nichts mit einem Versagen der Regierung oder des Systems in wirtschaftlicher Beziehung zu tun. Oder soll man vielleicht der rechtmäßigen spanischen Regierung die Schuld aufbürden dafür, daß Zehntausende von Bewohnern Madrids evakuiert werden müssen, nachdem Francos deutsche und italienische Flugzeuggeschwader die Wohnungen der Bedauernswerten häuserblockweise zerstört haben?

Tatsächlich liegen in Madrid ganze Straßenzüge in Asche, die einen infolge von Flieger-, die andern von Artilleriebeschleßung. Trotzdem herrschen selbst hier keine chaotischen Zustände. Eine

Zeit lang allerdings wurden die Tunnel der Untergrundbahn von den obdachlos Gewordenen und von solchen, deren Behausungen besonders exponiert lagen, als Notquartier benutzt. Auch das hat aufgehört, man hat die Menschen in anderen Städten des Landes untergebracht. Wenn man aus nächster Nähe erlebt, wie das Leben der Millionenstadt im Feuerbereich seinen Gang geht, so staunt man über den stolischen Heroismus dieser Bevölkerung.

Auch von Mord und Totschlag ist keine Rede. Dabei liegen die Straßen Madrids von Sonnenuntergang ab in völligem Dunkel. Der einzige Mord und Totschlag, den ich selbst mit erlebt habe — und zwar gründlich — war der Mord an der wehrlosen Zivilbevölkerung der Arbeiterstadt Tetuan, verübt von Francos deutsch-italienischen Fliegergeschwadern. Wie Karthäuser sind die leichtgebauten Arbeiterwohnstätten eingestürzt und haben vielfach ihre gesamte Bewohnerschaft unter sich begraben. Sonst geht es hier sehr ruhig und gesittet zu. Ich habe während der ganzen Zeit meines Aufenthaltes — hier, in Valencia, in Alicante usw. — nie mein Zimmer abgeschlossen; es ist mir nie etwas weggenommen.

Gewiß, ein Gegner, der in jeder von ihm eingenommenen Stadt alles an die Wand stellt, was nur irgendwie sozialistischer Gesinnung verdächtig ist, kann nicht mit Samthandschuhen angefaßt werden. Aber ich habe nicht einmal nach dem schweren Fliegerbombardement vom 16. Dezember den Versuch einer spontanen Rachehandlung erlebt. Verrat, Desertation u. dgl. werden von Gerichten abgeurteilt. Ihre Verhandlungen sind keine bloße Formalität: heute z. B. lese ich in einem Bericht, daß von drei Angeklagten in der gleichen Sache einer freigesprochen, einer zu Freiheitsstrafe und einer zum Tode verurteilt worden ist. Anklage und Todesurteil sind also keineswegs miteinander identisch.

So wenig von einem Chaos die Rede ist, so schwer läßt sich sagen, worauf der Fortgang der Dinge basiert. Es ist eine

Mischung von Gewohnheit und Provisorien, die das Wirtschaftsleben in Gang hält. Der Kapitalismus ist nicht formell abgeschafft, aber in seinen wichtigsten Funktionen abgestorben oder im Absterben begriffen. Eine neue sozialistische Wirtschaftsordnung ist kaum in den Anfängen vorhanden. Was da ist, ähnelt viel mehr dem auch aus der Weltkriegszeit bekannten »Kriegssozialismus« als dem echten. Man darf eben nicht vergessen, daß hier Krieg ist; und solange er ist, gehen seine Anforderungen allen andern vor. Aber jedenfalls ist für die Gegenwart gesorgt, und es gehört zu den Vorzügen wie zu den Schwächen des Südländers, solange es im Augenblick geht, sich über das Morgen nicht allzu heftig den Kopf zu zerbrechen. Natürlich erweist sich in diesem Zusammenhang die wirtschaftliche Zurückgebliebenheit des Landes, die relativ einfache Struktur seines Wirtschaftsorganismus als ein Vorteil: die Bevölkerung ist nur in sehr wenigen Gegenden dicht, dazu überwiegend mit Landwirtschaft beschäftigt; das Ernährungsproblem wird überdies erleichtert durch die russischen Lebensmittelzufuhren.

Durch die Volkbewaffnung ist der Einfluß der Arbeiterklasse natürlich gewaltig gestiegen, sie stellt in den Großstädten den Kern der Milizen.

Dennoch kann man von einer »Diktatur des Proletariats« m. E. nicht reden; von der Diktatur einer Partei im Sinne der leninistischen Doktrin schon gar nicht. Das Bürgertum, soweit es sich zur Republik und zu freihetlichen Ideen bekennt, ist nicht ausgeschaltet oder unterdrückt; es hat seine Parteien wie seine Presse. Im Proletariat stehen sich die marxistische und die anarchistische Auffassung gegenüber; der Gegensatz zwischen beiden ist ausgeprägter als innerhalb des Marxismus, der zwischen Sozialisten und Kommunisten. Die Annäherung zwischen diesen beiden scheint mir aus der Situation durchaus erklärlich: die jetzige Gestalt des Kampfes gegen den drohenden faschistischen Unterdrücker schreibt viele Folgerungen und Maßnahmen zwangsläufig vor.

Ein Kampf von einer Dauer und Heftigkeit wie der jetzige kann unmöglich damit enden, daß man sich mit dem besieigten Gegner, in welcher Form auch, je wieder an einen Tisch setzt. Er kann ebenso wenig damit enden, daß man den Juan March und ähnlichen Industrierittern je wieder die Möglichkeit gibt, ihr Geld als Waffe gegen die Freiheit des Volkes zu verwenden. Man kann auch nicht die soziale Reform da fortsetzen, wo sie die bürgerliche Regierung bei Ausbruch der Generalsrevolte liegen gelassen hatte: diese Reform war gehemmt und sabotiert worden von den Leuten, die schließlich die Waffen zur Rettung ihrer veralteten Privilegien ergriffen haben. Die soziale Umwälzung hat begonnen, herbeigeführt von denen, die einen sehr gemäßigten sozialen Fortschritt für unerträglich hielten. Gewichtige Etappen vollziehen sich, sind bereits vollzogen. Die Enteignungsfrage, theoretisch ungeklärt, hat praktisch in einer wirtschaftlich entscheidenden Zahl von Fällen ihre Erledigung gefunden: durch die Enteignung der Rebellen und ihrer Helfershelfer, die im wesentlichen mit der Wirtschaftsschicht der Großkapitalisten zusammenfallen. Dagegen hat das in Spanien sehr zahlreiche Kleinbürgertum noch ziemliche Chance, sich zu erhalten. Was da entstehen wird, kann eine Mischform aus Kapitalismus und Sozialismus, es kann ein reiner Sozialismus, es kann ein Staatssozialismus werden; — bei der Entscheidung dieser Fragen darf der starke anarchistische Einschlag im Proletariat nicht übersehen werden. Jedenfalls ist eins bei einem Siege der Republik über den Faschismus unmöglich: eine Rückkehr zum reinen oder auch nur überwiegenden Kapitalismus.

Je länger und härter der Krieg, um so mehr muß die Neigung zu extremen Lösungen und ebenso die Chance einer öktatorischen Staatsform wachsen. Wer diesen Ausgang vermeiden will, der hätte allen Anlaß, den faschistischen Interventionisten das Handwerk zu legen. Mögen die Mächte es bedenken, die dazu imstande sind.

Dr. X.

Dichter und Parteiparole

Vor zwei Jahren wurde in Emigrantenblättern die Äußerung eines holländischen Schriftstellers diskutiert, der geschrieben hatte, es liege im Interesse der antifaschistischen Literatur, wenn sie auch an die eigene Produktion dieselben kritischen Maßstäbe anlege, wie an die gegnerische. Das Für und Wider von damals bleibe heute unerörtert, aber selbst wenn man der Meinung ist, die antifaschistische Literatur wachse auf so schwierigem Boden, daß sie Verständnis für diese Schwierigkeiten fordern dürfe, so bleibt die Pflicht, die Spreu immer wieder vom Weizen zu sondern. Was die Dichtung anbelangt, so darf konstatiert werden, daß der Kampf gegen den Faschismus nicht nur eine sehr starke Lyrik hervorgebracht hat, sondern auch Romane von beträchtlichem Gewicht; sie wurden von der gesamten freihetlichen Presse einheitlich und freudig gewertet. Daneben gibt es gesinnungstüchtige Nieten, an der namentlich die linksradikale Belletristik stark beteiligt ist. Man brauchte nicht viel Worte darüber zu verlieren, wenn diese Bücher nicht eine traurige Fortsetzung eines sozialistischen Bruderkriegs bedeuteten. Diese politische Seite soll unser literarisches Urteil nicht beirren, sondern auf die Wahrhaftigkeit des Gesamtbildes kommt es an, auf die Größe der Gestaltung. Aber die ist in etlichen Fällen leider mehr als flüchtig und dürftig. Aus dieser polemischen Romanreihe ragt nicht eine Gestalt, die symbolhaft in Erinnerung bleibe. Und dieses Manko wird besonders auffällig, wenn es sich um Federn handelt, die Stärkeres erwarten ließen, weil sie schon Besseres schufen.

Man kann dieses Versagen namhafter Federn nicht allein mit »Mangel an Distanz« erklären. Es gibt hinreichend Beispiele, die beweisen, wie sicher der

wirkliche Dichter den Abstand zu seiner Zeit finden kann, es kommt nur auf die Weite seines Horizontes an, auf die Größe des Zeitgefühls, auf die Stärke der originellen Persönlichkeit. Das Manko ist auch nicht zu erklären durch die merkwürdige Mischung von Reportage und Dichtung, die den meisten dieser antifaschistischen Zeitromane eigen ist. Diese neue Form schafft in jedem Fall raschen Kontakt mit dem Leser von heute, und Ignacio Silone hat bewiesen, welche Kunstwerke auf dieser Ebene wachsen können. Nein, die Schwäche besagter Versager beruht in ihrer zu engen parteipolitischen Gebundenheit.

Wir sagen damit nichts gegen die schöpferische Kraft der heftigen und fanatischen politischen Ueberzeugung. Revolutionäre, kämpferische Gesinnung hat im Gegenteil zu allen Zeiten starke Dichtung hervorgebracht. Das braucht heute mit Namen wie Schiller oder Büchner nicht mehr belegt zu werden. Wir sagen auch nichts gegen das große Dogma. Man kann einem religiösen Glaubenssatz anhängen, die Welt aus diesem Gesichtswinkel sehen und doch Gestalten auf die Beine stellen, wie sie in den Romanen Handel-Manzetti oder der Sigrid Undset leben. Man kann auf dem Boden sozialistisch-kommunistischer Dogmen stehen und eine Stine Menschenkind mit ihrer Umwelt so hinstellen, daß in dieser Stine das Schicksal von Millionen einfacher Frauen ewige Gestalt gewinnt. Das sittliche Pathos des großen Dogmas fördert die Symbolik und weist über die Zufälligkeiten und Vergänglichkeiten des Alltags hinaus ins Ewige, Bleibende.

Weder das Dogma noch der aus dem politischen Alltag entspringende Impuls sind dem Dichterischen gefährlich. Wohl aber die Unterwerfung unter die Tages-

agitation, unter die kommandierte Parole. Typisch für die Verwüstung, die der Parteidewebel auf dem Gebiet der Kunst anrichten kann, bleibt das Dritte Reich. Dort werden die Richtlinien sozusagen von den Parteisekretariaten abgesteckt: Blut und Boden, aufbauend, nordisch ausgerichtet. Neuerdings fordert die Reichskulturkammer, daß möglichst vier Kinder zu sehen sein sollen, wo immer ein Maler Mutter und Kind zeigt. Feste Gebote werden amtlich diktiert; die Bezirke der Demokratie, der Menschenrechte, der Gedankenfreiheit sind durch Fußangeln unbefahrbar gemacht. Historische Vorbilder, die unseren Teutonen nahestehen, wie der Nationalist Kleist, würden im Dritten Reich von der Schriftstellerliste gestrichen, wenn sie heute lebten. Denn weder ein Michael Kohlhaas des 19. Jahrhunderts noch ein Prinz von Homburg, der dem »Führerbefehl« trotzt, dürften das Licht der Welt erblicken. Dieser Mangel an geistiger Freiheit muß sich auf die Dauer am Volke wie an der gesamten Kunst bitter rächen: er knebelt die Phantasie, zerspalte die Persönlichkeit, bedroht ihre Wurzeln, verkümmert ihren Eigenwuchs. Denn der schöpferischen Prozeß vollzieht sich im Unterbewußtsein stärker als im Bewußtsein, nämlich im Unbewußten, Abseitigen der freien Phantasie. Innere Bewegungen, die im Bewußtsein durch politische Ueberzeugung, Zweckmäßigkeitserwägungen usw. übertönt werden können (können!), werden ins Unterbewußte verdrängt, belasten die Phantasie, den künstlerischen Geburtsvorgang. Als Georg Büchner seinen Danton schuf, umschritten die Schildwachen des Tyrannen sein Haus, aber er beugte sich nicht. Seine Phantasie, sein Denken blieben ungeboren, seine Persönlichkeit unzerstört, weil er im Kampfe gegen den Zwang seine innere

Die Amazonenkrankheit im Dritten Reich

Eine weitere sozialhygienische Errungenschaft unter Hitler — nach endemischen Ausbruch der Schipperkrankheit

Freiheit behauptete. Der alte Satz, daß große Kunst nur in freier Luft oder im Kampfe für die Freiheit wächst, bedarf ebenfalls keiner Belege mehr. Weshalb im Dritten Reich nie eine starke Dichtung entstehen kann — und würde es fünfzig Jahre alt.

Was künstlerisch von der braunen Vernechtung gilt, das gilt von jeder, das gilt auch vom offiziellen kommunistischen Konformismus. Der heilige Zorn gegen die faschistische Despotie kann gewaltige Dichtung von bleibender Symbolik hervorbringen und würde sie mitten in der Schlacht geschrieben; er kann es nicht, wenn er die Zwirnsfäden politischer Tagesparolen zu beachten hat. Daran krankt die antifaschistische Belletristik kommunistischer Federn. Trotzdem die Mitschuld der Kommunisten am Untergang der deutschen Freiheit durch objektive Feststellungen längst ebenso erhärtet wurde, wie durch die Wandlungen der kommunistischen Taktik, ist ihren Literaten zu diktiert, die Sozialdemokratie nach dem Klischee für den täglichen Agitationsgebrauch als Sündenbock für möglichst alle Uebel hinzustellen. Dialoge, Episoden, persönliche Schicksale müssen in diese Richtung gedreht werden. Das geht so weit, daß der jüngste Roman von Oskar Maria Graf dieselbe Sozialpolitik des demokratischen Deutschland verhöhnt, die er im »roten Wien« lobenswert findet. Das Schema für den linientreuen Roman triumphiert. An ihm ist auch Anna Seghers gescheitert. Sie, die mehrfach bewies, daß sie eine beachtliche Dichterin ist, lieferte in ihrem Roman von der österreichischen Februarrevolution ein trauriges Zerrbild, ein ebenso ungestaltetes, ungekountes Fragment, wie O. M. Graf. Man braucht sich nur vorzustellen, daß dieselben Federn, die gestern noch den oder jenen kommunistischen Führer preisen durften, ihn schon morgen nicht mehr nennen dürfen, wenn es die Parteiparole fordert, um die ganze Enge zu erkennen, in der hier Talente erstickt werden. Das Vorrecht des Dichters zur Ungerechtigkeit wird zum Fluch, wenn es auf Kommando geübt und zur trivialsten Selbstgerechtigkeit wird. Die Persönlichkeit des Schöpferischen zerbricht an der auswechselbaren Tagesparole. Die Flügel der Phantasie werden beschnitten, der Flug erhebt sich kaum über die Sumpfperspektive. In diesem Sinne — und nur in diesem — gilt Freiligraths viel umstrittenes Wort: »Der Dichter steht auf einer höheren Warte als auf den Zinnen der Partei.«

Wir wollen damit die Enge der braunen Geleiseständigkeit nicht mit der kommunistischen gleichsetzen. Das sozialistisch-kommunistische Dogma umfaßt neue Welten, kommende Welten, ist mit den leeren Phrasen des Dritten Reiches nicht zu vergleichen. Darum bestehen auch in Rußland mehr Möglichkeiten literarischer Entwicklung und Kritik als in Hitler-Deutschland. Die Angst der braunen

Wie soll man es anders bezeichnen, als eben mit dem Namen Amazonenkrankheit, wenn jetzt die populär-wissenschaftliche reichsdeutsche »Umschau« — freilich unter Berufung auf Lehmanns »Münchener Medizinische Wochenschrift«, also sicherlich nicht auf eine »Greuel«-Quelle — über folgende Sorgen im Bereich der hitlerdeutschen Sozialhygiene berichtet:

»In den Lagern des weiblichen Landdienstes konnte man die auffallende Beobachtung machen, daß bei dem größten Teil der jungen Mädchen die Periode ausbleibt, und zwar für die meisten während der ganzen Dauer des Landjahres. Kurt Nordmayer und Klara Howe haben nun vergleichende Untersuchungen über das Verhalten der Menstruation in den Lagern des Arbeitsdienstes und in dem Landdienst durchgeführt, die sie in der »Münchener Medizinischen Wochenschrift« (Nr. 42) berichten. Sie konnten feststellen, daß beim Arbeitsdienst bei 39,5 Prozent, beim Landjahr dagegen bei 64,9 Prozent der Mädchen die Periode ausblieb. Die Hauptursache für diese Erscheinung sehen die Untersucher nicht in der eigentlichen Arbeit, sondern in der Versetzung in eine andere Umgebung, vor allem in ganz andere klimatische Verhältnisse. Dadurch soll auch der große Unterschied bei den Landjahr- und Arbeitsdienstmädchen zu erklären sein; denn während die Landjahrmädchen alle aus der Großstadt stammten, also alle in eine ungewohnte Umgebung kamen, stammten die des Arbeitsdienstes zum großen Teil vom

Land, blieben also in den gewohnten Verhältnissen. Grund zur Beunruhigung besteht nicht. (!) Sehen doch die Mädchen dabei blühend aus, fühlen sich wohl und entwickeln sich ausgezeichnet. Außerdem konnte durch eine Reihe von Nachuntersuchungen bewiesen werden, daß nach Rückkehr in die alten Verhältnisse in allen Fällen die Periode wieder völlig normal war.«

Es hieß der unendlich dummen Beschönigung des Phänomens durch die sogenannten »Fachleute« zu viel Ehre antun, wollte man gegen ihren amtlich vorgeschriebenen Flüsteroptimismus ausführlich polemisieren. Rund um den Genfer See gibt es eine Menge deutscher Pensionate, allerdings nur für »höhere Töchter«. Die »klimatischen Veränderungen« die hier die gut gepflegten und gut genährten Insassinnen im Verhältnis zu den Gegebenheiten etwa in Hamburg oder Hoyerswerda in Kauf zu nehmen haben, sind sicherlich viel größer, als wenn durch die nationalsozialistische Partei erwerbslose junge Arbeiterinnen der Großstadt in der umliegenden »Provinz« als kostenlose Arbeitskraft bei Gutsherren, die auf Grund ihrer Hitlergesinnung darauf Anspruch haben, verdingt werden. Von solcher Amazonenkrankheit »höherer« Pensionatöchter in endemisch-neunundsechzigprozentigem Grad aber hat man nie etwas gehört! Es ist auch jedem Unbefangenen klar, woher sich die Unterschiede im Verhältnis der Opfer

des Arbeitsdienstlagers und des Landjahres etwas weniger harmlos erklären: Im »Lager« herrscht immer noch ein gewisses normiertes Ernährungsminimum vor; das geht selbst unter einer Hitlererei nichts anders. Im »Landjahr« aber sind die Delinquenten des Menschenverschleißes der totalen Kriegswirtschaft kontrollos der Habsucht und dem Egoismus, der durch den »deutschen Sozialismus« privilegierten Großbauern überlassen. Daß es sich um eine typische Unterernährungs- und Entkräftungserscheinung hier handelt, würde unter anderen Gegebenheiten zensurhafter Art, als sie Hitlerdeutschland bietet, der Facharzt ganz sicher feststellen.

Die Amazonenkrankheit kann man jetzt in eine stolze Reihe neben die »Schipperkrankheit« stellen, die ja auch nur im Dritten Reich als Epidemie auftritt. Sie befällt den männlichen Teil des Menschenmaterials in der Kriegsvorbereitungsschlacht, die aus allen Erwerbsschichten zusammengekratzten Kulis der Reichsautostraßenbauten, die zwar nicht der deutsche Verkehr und die deutsche Wirtschaft, wohl aber das Aufmarschinteresse der Generalstabspläne verlangt. Die Amazonenkrankheit an der »weiblichen Heimatfront« ist nur ihr entsprechendes Pendant. Das in einem Lande, dessen Sozialhygiene einmal als Muster für die Welt galt!

Bonzen vor der Wahrheit, der Zukunft, der Wirklichkeit und dem wirklichen Menschen gibts in dieser Totalität nur einmal. Und das mit Recht. Die braune Lüge ist so umfassend, so alle wirklichen Werte verleugnend, so geistfeindlich, daß dieses System selbst vor dem zwischen den Zeilen einer Kunstbetrachtung schwingenden Geist bange muß.

In dieser Hinsicht steht Sowjetrußland fester, weil seine sozialen Leistungen mit seiner Ideologie erheblich weniger in Widerspruch geraten, als die braune Demagogie mit ihren Versprechungen von ehemals. Die kommunistischen Literaten dürfen sich heute gestatten, der historischen Wahrheit ohne Scheuklappen zu dienen, die Größe der sozialistischen Weltanschauung verlangt es geradezu. Aber solange sie ihre Persönlichkeit von der Tagesparole verblenden, von der momentanen »Linie« bestimmen lassen, werden sie Nie-ten oder bestenfalls Mittelmäßiges produzieren wie bisher. K. R.

Und Schnaps

»Der Polizeipräsident in Elbing (Ostpreußen) veröffentlicht eine Mitteilung über die zunächst auf ein Jahr vorgesehene Einschränkung des Alkoholausschanks am Freitag, in der es u. a. heißt:

Das Ansteigen übermäßigen

Alkoholgenusses, insbesondere an Lohtagen, hat auch in der letzten Zeit nicht nachgelassen. Immer wieder sieht man die Auswirkungen des Alkoholgenusses an Lohtagen zum großen Teil auf öffentlichen Straßen in wenig schöner Form. Manche Straftat, wenn auch meist weniger folgenreich, wird begangen. Auch die Zahl der strafbaren Handlungen und Verkehrsunfälle unter dem Einfluß des Alkohols ist groß. Dem unwürdigen Zustand muß im öffentlichen Interesse, aber auch in dem der einzelnen Volksgenossen unbedingt ein Ende bereitet werden.

Durch den übermäßigen Alkoholgenuß werden oft kinderreiche Familien in bitterste Not gebracht. Nicht selten leiden die Familien Hunger und die Behörden oder die NSV müssen helfen.«

Deutsche Zeitungsmeldung vom 8. I. 37.

Hunger...

»In letzter Zeit mehren sich die Vorfälle, bei denen Personen von Straßenpassanten in verschiedenen Stadtteilen hilflos aufgefunden werden. Heute in den frühen Morgenstunden wurde aus dem gleichen Anlaß ein Unfallwagen nach dem Polizeirevier 5 erbeten...« Preuß. Ztg. Nr. 6.

Deutsche Kurzberichte

In den ersten zehn Monaten 1936 betrug der Einlagenzuwachs bei den deutschen Sparkassen und Banken, einschließlich der Zins- und sonstigen Guthabenschriften, 690,1 Millionen RM oder 5,1 Prozent. In der gleichen Zeit 1934 hatte der Einlagenzuwachs 916,2 Millionen oder 7,4 Prozent betragen.

Die Zahl der Eheschließungen ist im vergangenen Jahre in Deutschland sehr erheblich zurückgegangen. In den Großstädten entfielen auf 10.000 Einwohner in den ersten elf Monaten 1934 12,5, in der gleichen Zeit 1936 aber nur 9,9 Eheschließungen.

Der Wechselbestand bei der Reichsbank betrug Ende 1936 10 Milliarden RM gegen nur 8 Milliarden Ende 1935.

Die Jahresförderung der Ruhrkohlenzechen betrug 1913 114,2 Millionen Tonnen. Im Jahre 1929 erreichte sie die Höhe von 123,6 Millionen Tonnen. 1936 haben die Kohlenzechen des Ruhrgebiets nur 107,2 Millionen Tonnen Kohle gefördert und bleiben damit noch erheblich hinter der Jahresleistung des Jahres 1929 zurück. Die Kokserzeugung blieb mit 27,3 Millionen Tonnen im Jahre 1936 um rund 7 Millionen Tonnen hinter der des Jahres 1929 zurück.

Wenn ihr am Leben bleibt...

»Ich blicke zu Heine in tiefer, bescheidenster Verehrung auf.« Börris von Münchhausen 1924.

»Ich nenne Heinrich Heine einen Schweinehund.« Börris von Münchhausen 1936.

Und wenn ihr nun am Leben bleibt — was dann?

Wie wollt ihr eure Seelen gerade biegen, die jetzt zerbröckelt im Abfallkübel liegen und drauf ein jeder Lausbub trommeln kann?

Ihr spockt auf alles, was ihr einst verehrt und rühmt, was einst euch Ekel hat bereitet. Wenn nun das Zeitrad andre Wege gleitet — fahrt ihr die Tour dann wieder umgekehrt?

Ihr bringt es fertig, freßt aus jeder Hand und schluckt für einen Groschen jeden Bissen, doch gibt es gar zu viele, die das wissen und die euch so — und so — und so gekannt.

Wenn ihr am Leben bleibt... wünscht euch das nicht,

und sucht die Kugeln, die euch vorher töteten. Lernt ihr erst wieder schamvoll zu erröten — ihr schlagt euch selber mitten ins Gesicht. Hugin

Wo ist Ossietzky?!

Das Streben nach Freiheit und die Verkündung der Wahrheit sind das erste Gebot für den zivilisierten Menschen. Wickham Steed.

In der Weimarer Demokratie war Carl von Ossietzky ein pazifistischer Schriftsteller von seltenen Qualitäten des Geschmacks und des Stils, ein Charakter, der seinen Weg ging, auch wenn der Weg Opfer erbeischte

— das Dritte Reich hat ihn zum Märtyrer gemacht, zum Symbol aller, die für Frieden und Menschlichkeit gemartert werden. Zwei seiner früheren Mitarbeiter, Kurt Singer und Felix Burger, haben ein Buch herausgegeben, in dem sein Leben und Wirken geschildert wird (Carl von Ossietzky, Europa-Verlag, Zürich). Einer derer, die ihn gut kannten, nämlich Arnold Zweig, hat ihn einen Gentleman unter den Schriftstellern genannt, denn es machte das Besondere an ihm aus, daß er allezeit mit sauberer Klinge fecht und für sein Tun bis zur letzten Konsequenz einstand. So ging er für seine Sache ins Gefängnis, kam heraus und verschwand wieder in den Folterkellern des Dritten Reiches. Diesen Gentleman blühten alle Gemeinheiten und Martyrien des braunen Konzentrationslagers: Spandau, Sonnenburg, Papenburg-Esterwege. Rotznässige Sadisten jagten diesen Kriegsteilnehmer und Friedensfreund mit Gummiknüppeln, bis er zusammenbrach, schlugen ihn, schimpften ihn: »Polnisches Schwein!« Er entstammt einer Hamburger Kaufmannsfamilie, ist Dissident, war nie Kommunist, sondern immer radikaler Demokrat — braune Sadisten höhnen ihn unentwegt: »Polnisches Schwein, Kommunistenhund, schwarze katholische Sau!«

Nach einem halben Jahr solcher Scholung, wie dieser Sadismus dem Ausland gegenüber so schön genannt wird, war er ein gebrochener Mann mit Nervenzittern und Verfolgungswahn. Nur seine Gesinnung war nicht zu brechen. Da ihm der Nobelpreis winkte, wird er im Juni 1936 in Krankenbehandlung entlassen. Um das Preisgericht von Oslo irre zu führen, schmuggelt man ein falsches Inter-

view in die dänische Presse, nach welchem Ossietzky seine Gesinnung preisgegeben habe. Erst als die große Friedensprämie auf ihn entfällt und weitere Verfälschungen unmöglich werden, stellt sich durch Ossietzkys Erklärungen vor aller Welt die Fälschung heraus.

Man hat den preisgekrönten Märtyrer des Friedens nicht nach Oslo reisen lassen und die Welt hat wieder zu fragen: Wo ist Ossietzky? Hinter welchen Türen hält man den mit der höchsten internationalen Ehrung ausgezeichneten Deutschen gefangen, weil er das Menschheitsideal nicht verleugnen will? Wir schließen mit einem Wort, das ihm der bekannte englische Publizist Wickham Steed gewidmet hat; es gilt für all die Vielen, die drüben für den gleichen Glauben leiden und dulden:

»Wir, die wir in glücklicheren Ländern, vor dem Gifttauch der Tyrannei geschützt, leben, mögen uns wohl fragen, wie er, ohne sich zu beugen, ihm getrotzt haben. Aber wir können ihm und seinem Vorbild wenigstens die Ehre unserer uneingeschränkten Bewunderung zollen, und im Namen jenes anderen Deutschlands, welches aufstehen wird, wenn die düsteren Tage vorüber gegangen sein werden, können wir mit Stolz von ihm sagen: »Hier ist ein deutscher Mensch!«

Ermattung und Ernüchterung

Der Massenausschank brauner Kulturphrasen hängt dem deutschen Volke längst zum Halse heraus. Selbst im Nazilager erfolgt gelegentlich Erbrechen. Namblätter klingen, daß Erfolg und Besuch mancher Dich-

terabende zu wünschen übrig lassen. »Mehr Andacht!« — fordert die »Preussische Zeitung«. »Dabei ist Andacht schon ein erböbener Zustand, eine Aufgeschlossenheit der Seele, ein Bereitsein. Meist finden wir nur spröde Aufmerksamkeit...«

Die Deutsche Wochenschau sucht dieses »Erlahmens« zu erklären: Euviel Feiern, zuviel »Hofdichterei«. Kein Gesetz mache sich auch im Geistigen so rasch bemerkbar, wie das Gesetz der Abnutzung und es »wirkt sich in dem beklagten Mangel an Erlebnisfähigkeit aus...« Das heißt, das Publikum schläft bei den meisten braunen Darbietungen ein.

»Jedes echte Gefühl, auf dem dauernd herumgetrampelt wird, jede Begeisterung, die immer wieder entfacht wird, auch wenn kein innerer Anlaß dazu vorliegt — sie verblasen, sie verflüchtigen sich und werden zur böhnen Außenlichkeit — zum Theater! Jedes feinere Empfinden weiß darin sehr wohl zu entscheiden und was wie »Mangel an Erlebnisfähigkeit« aussieht, kann das Gegenteil, nämlich: Uebersättigung mit Erlebnissen, sein!«

Daß es ja auch Erwachen aus einem Rausche, aus Illusionen sein könnte, darf die Deutsche Wochenschau nicht aussprechen. So begrüßt sie denn lediglich, daß die Feiern der Hitlerjugend künftig reduziert werden sollen und schließt recht ironisch:

»Nun, was der Jugend, die noch viel Zeit und Kraft übrig hat, recht ist, sollte auch den anderen Altersklassen zugebilligt werden.«

Zugebilligt? Sarkastischer kann wohl drüben nicht gesagt werden: Auch wir Älteren haben die Nase voll, auch uns steht der braune Kulturschwindel bis zur Halsbinde.

Rechenschaftsbericht der Arbeitsfront

In 4 Jahren 240 Mill. RM Unterstützung. Freie Gewerkschaften in 2 Jahren 252 Mill. RM

Das Interesse der Arbeiterschaft an der sog. Arbeitsfront ist rein negativ. Sie möchten erfahren, was mit ihren Beiträgen wird, nachdem diese »Organisation der Gefolgschaften« aller sozialpolitischen Aufgaben entäußert worden ist. Soweit in den Versammlungen Fragen möglich sind, will deshalb das geflügelte Wort »Wo bleiben die Gelder der Arbeitsfront?« nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Der Schatzmeister Brinkmann sieht sich endlich gezwungen, in der »Deutschen Arbeits-Korrespondenz« einen »Rechenschaftsbericht« zu veröffentlichen. Statt die Beitragseinnahme für 1935 und 1936 bekanntzugeben, wird mit Durchschnittszahlen operiert, die überdies von den wenigen Angaben, die Ley auf dem Parteitag gemacht hat, noch abweichen. Die Mitgliederzahl wird diesmal mit rund 25 Millionen angegeben.

Das durchschnittliche Monatsaufkommen für 1936 wird mit 28 Millionen RM beziffert. In Nürnberg (August 1936) hatte der Ley bereits 30 Millionen bekanntgegeben. Die Nürnberger Summe dürfte der Wirklichkeit wesentlich näher kommen, als die jetzt bekanntgegebene. Selbst wenn es richtig wäre, daß bei einer Beitragsstaffelung von 1,20 bis 12 RM im Monat der Durchschnittsbeitrag 1936 nur 1,73 RM betragen haben sollte, käme bei 17 Millionen Einzelmitgliedern (DAK 18. Dez. 1936) bereits monatlich ein Beitragseingang von 29,5 Millionen RM und nicht 28 Millionen heraus. Es kommt hinzu, daß neben diesen 17 Millionen noch 8 Millionen korporativer Mitgliedschaften angegeben werden, die eine entsprechende Pauschal-Beitragsleistung aufbringen. Unsere Berechnung im »N. V. e. v.« 4. Okt. 1936 mit 30 Millionen RM Monats-einnahme ist demnach keinesfalls zu hoch geschätzt gewesen. Ley hatte ferner in Nürnberg den monatlichen Ueberschuß mit 7,5 Millionen RM angegeben. Wir wiederholen den sich aus diesen Zahlen ergebenden Jahresetat:

Jahreseinnahme	12x30 =	360 Mill. RM
Ueberschuß	12x7,5 =	90 Mill. RM
Jahresausgabe		270 Mill. RM

Der jetzt vorliegende »Rechenschaftsbericht« gibt über einzelne Ausgabenposten Auskunft, die wir in Vergleich zu den entsprechenden Ausgaben der ADGB-Verbände aus den Jahren 1930 und 1932 setzen. Dabei ist zu beachten, daß die freien Gewerkschaften in jenen Krisenjahren 1930 einen Mitgliederstand von 4,7 und 1931 von 4,1 Millionen hatten, d. h. ein Fünftel bis ein Sechstel der heutigen Zwangsorganisation.

Freie Gewerkschaften	Deutsche Arbeitsfront
Gesamteinnahme:	
1930: 231 Mill. RM	
1931: 184 Mill. RM	1936: 360 Mill. RM
Gesamtausgabe:	
1930: 240 Mill. RM	
1931: 215 Mill. RM	1936: 270 Mill. RM

Die freien Gewerkschaften hatten unter

Inanspruchnahme der Gewerkschaftsvermögen vor allem zur solidarischen Unterstützung der Mitgliedschaften in einer Zeit der höchsten Krisenspannung neben ihren sozialpolitischen Leistungen diese gewaltige Hilfsaktion für die deutsche Arbeiterschaft zu verzeichnen, während die Arbeitsfront auf Kosten ihrer Beitragszahler Gewinne für die Kriegsvorbereitung machen mußte. Das Bild wäre indes unvollständig, wollten wir nicht die Verteilung der Ausgaben untersuchen.

Die DAF gibt jetzt für vier Jahre ihre Unterstützungsleistungen bekannt. »Die Barleistungen verteilen sich, nach der DAK, »auf die einzelnen Jahre, wie folgt:

1933	15.000.000 RM
1934	64.000.000 RM
1935	80.000.000 RM
1936 (Jan. bis Nov. 72 Mill.)	78.600.000 RM

in vier Jahren 240.600.000 RM

Die Gesamtausgaben der freien Gewerkschaften für Unterstützungen haben betragen:

Unterstützungen	Arbeitskämpfe	Insgesamt
1930 123 Mill.	10 Mill.	133 Mill. RM
1931 109 Mill.	10,5 Mill.	119,5 Mill. RM

in zwei Jahren 252,5 Mill. RM

In diesen Unterstützungsleistungen sind die von den örtlichen Arbeitersekretariaten ausgezahlten Summen nicht enthalten,

sie dürften sich jährlich auf 200.000 bis 300.000 RM, also in zwei Jahren auf etwa eine halbe Million RM belaufen haben. Die freien Gewerkschaften haben in der Zeit schärfster finanzieller Anspannung in zwei Jahren die Unterstützungssumme überschritten, die von den Nazis als Vierjahresleistung bekannt gegeben wird.

Unter »Soziale Betreuung« wird von der DAF ein Ausgabenposten von 30 Mill. RM für Dreivierteljahr 1936, d. h. von 52 Mill. RM für das Jahr 1936 ausgewiesen. Darunter sind enthalten: Heimstättenpflege, Arbeitsfrieden, Vertrauensräte in den Betrieben, Arbeitsausschüsse, Arbeitskammern und Rechtsberatung usw. Offenbar werden die staatlichen Körperschaften, wie Arbeitsausschüsse, Wirtschaftskammern usw., auch von den Beiträgen der Arbeitsfront bestritten, denn die Rechtsberatung, für die von freien Gewerkschaften über zwei Millionen RM im Jahr verausgabt worden waren, hat sich für die Arbeitsfront auf ein Minimum verbilligt.

Für Presse und Bildung ergibt sich:

Freie Gewerkschaften	Arbeitsfront
1930 15 Mill. RM	1936 27 Mill. RM
1931 12 Mill. RM	

Angesichts der Mitgliederzahl wäre auch dieser Posten der DAF im Vergleich zu den früheren Gewerkschaften keineswegs überwältigend. Vor allem aber diente die Bildungsarbeit der Gewerkschaften der Berufsausbildung, während die Schulung

Vom kommenden Krieg

Todesstrahlen und andere neue Kriegswaffen.

Der herannahende Krieg wirft seine Schatten voraus. Alles, was mit militärischen Fragen im Zusammenhang steht, begegnet einem geradezu unheimlichen Interesse. Man versucht sich Bilder von einem kommenden Kriege zu machen, man vermutet die Enthüllung wunderbarer Kräfte und Zerstörungsmittel in einem künftigen Kriege, einen höllischen Triumph der Technik von solchen Ausmaß, daß dahinter der Sinn dafür verschwindet, daß im Kriege nicht Apparate totgeschlagen, sondern Menschen umgebracht werden sollen.

Die nationalistische Propaganda in Deutschland hat seit langem dies unheimliche Interesse am Zukunftskriege ausgenutzt. Sie hat das jugendliche Kanonenfutter eines künftigen Krieges mit der Phantastik des Maschinenkrieges und dem Wunderglauben an geheimnisvolle und überlegene Kriegswaffen von der Erkenntnis fernzuhalten gesucht, daß Millionen von menschlichen Leibern immer noch eine viel wirkungsvollere Kriegswaffe sind als der schönste Apparat, und daß also Millionen sich zerzetzen lassen sollen. Es ist ein Verdienst des Buches von Max Seydewitz und Ing. Kurt Doberer (Todes-

strahlen und andere neue Kriegswaffen. Malik-Verlag), daß es vom Phantastikkrieg zurückführt auf den wirklichen Krieg. Denn dieses Buch, das sich nicht mit einer rein technischen Schilderung begnügt, sondern auch kritisch die kriegswirtschaftlichen Zusammenhänge erörtert, hinterläßt wie alle kritischen Bücher über den Zukunftskrieg das Urteil, daß auch im Zukunftskriege es letzten Endes auf ein erbarmungsloses gegenseitiges Abschichten von Massenheeren hinauslaufen wird. Zugleich enthüllt es, wie viel geradezu diabolische Forschungswut darauf verwandt wird, um selbst die heute noch problematischsten und noch am wenigsten erschlossenen Wissensgebiete nach Verwendungsfähigkeit im Kriege zu durchstöbern.

Das Hauptinteresse des Lesers wendet sich vor allem zwei Gebieten zu: der Wellentechnik und dem Luftkrieg. Für das erste dieser Gebiete zeigt das Buch, welche Körner Wahrheit hinter den Phantasiemelungen der Tagespresse und der Propaganda stecken. Auf dem Gebiet des Luftkrieges folgt es nicht den schon leider gebräuchlich gewordenen Bahnen jener Bücher, die den Luftkrieg als das Ende der Welt schildern und darum nur den auf Panik spekulierenden Kriegshasardeuren in die Hand spielen. Es zeigt, wie mit der An-

griffskraft zugleich die Abwehrkräfte wachsen. Die technischen Teile dieses Buches behandeln den Stoff, der manchmal schwierig und kompliziert ist, in exakter und dennoch leicht verständlicher Sprache. Es ist ein interessantes, ja spannendes technisch-politisches Buch. Diese Kapitel geben gleichzeitig eine Art von Einführung in die moderne Waffentechnik wie in das Getriebe der Rüstungsindustrie. Dem Leser wird an Hand dieses Buches leicht klar werden, daß die Kriegstechnik ebenso wie die Friedentechnik Grenzen hat, die nicht nur vom Stande der Forschung, sondern auch von wirtschaftlichen und finanziellen Faktoren bestimmt werden. Der Wahnwitz einer Diktatur, die ohne Rohstoffe, mit einer in der Kriegsvorbereitungszeit bereits geschwächten Wirtschaft auf einen neuen Weltkrieg lossteuert, wird durch eine illusionsfreie Prüfung dieser Zusammenhänge beleuchtet. Es ist eine Schande für unsere Zeit, daß dieses Buch, das heutige und künftige Kriegswaffen behandelt, zugleich eine Einführung in die neuesten Ergebnisse physikalischer Forschung ist. Wer noch in dem Glauben leben sollte, daß wir in einem humanen und trotz allem erträglichen Zeitalter lebten, der möge dieses Buch mit Verstand lesen!

Die technischen Abschnitte des Buches

Die Summe der von der DAF summarisch angegebenen Ausgaben und der prozentual angedeuteten Verwaltungskosten reicht an 267 Millionen heran, so daß bei mindestens 360 Millionen Einnahme tatsächlich der von uns errechnete Ueberschuß von 90 Millionen RM im Jahr verbleibt.

In den letzten Monaten sind die Unterstützungen in ihrer Höhe und hinsichtlich des Empfängerkreises noch weiter eingeschränkt worden. So verrät der »Rechenschaftsbericht«, daß seit Oktober 1936 im ganzen Reich überhaupt nur noch 32.000 Mitglieder Erwerbslosenunterstützung von den Gliederungen der Arbeitsfront bezogen haben.

Die Betriebsarbeiter werden zur Vierjahresbilanz des Hitler-Regimes ihre Fragen wiederholen: Wo bleiben die Gelder der Arbeitsfront? Welche Gesamteinnahme hat die DAF im Jahre 1936 gehabt?

»Feldweibel Solveig«

Zurück hinter Ibsen.

In Norwegen wurde den Frauen nunmehr der Weg zu allen Berufen geöffnet, in voller Gleichberechtigung mit dem Manne können sie ihr Leben gestalten. Diese »marxistische Gleichmacherei« hat in den meisten deutschen Redaktionen solche Bestürzung hervorgerufen, daß die Meldung unter den Tisch rutschte. Wo man sich aber doch damit befaßte, da verfiel man häufig in den Stil der Magdonorfer Blätter aus der Suftragetzzeit. Die »nordischen Stimmen« klagen darüber:

»Der Spießerdeutsche, der bei dieser Gelegenheit von dem »Kanonier Hedda Gabler«, dem Feldweibel Solveig und dem Pfarrer Nora faselt und teilweise auch einen Ibsen und Björnson dabei mit »erledigte als minder »männliche im Vergleich zur eigenen Spießermännlichkeit, die natürlich — es wäre doch gelacht bei solchem Bier und solchen dicken Zigarren — Frauen nicht dreinreden läßt in die »Männersache« des Lebens, ist noch völlig von gestern. Man lese diese Auslassungen:

»Pfarrer Nora muß Bischof werden können, und wenn die Makronentüte platzt. Die Herren Marxisten, alte Römer in Unterröcken, beharrten dabei.« »Wenn erst der Kanonier Hedda Gabler mitspielt, wird der norwegische Kriegsmann grundsätzlich mit Weinlaub im Haar und in Schönheit sterben; sie wird sprechen: »Sehen sie mal nach, Björn, wie mir die Todeswunde steht!« — »Apropos, Björn!« »Ausschlaggebend und in vorderster parlamentarischer Linie für diese endliche Gleichberechtigung Solveigs, Noras und Heddas soll der Sohn Björnsterne Björnsons gekämpft haben. Wenn der blasse Strindbrge (der bekannt-

lich etwas ans Perverse streift im Sexuellen) noch lebte, würde ihn das mit grimmer Genugtuung erfüllen. Denn, würde er sagen, so war der Alte auch schon, diese eine von den »zwei großen alten Weibern« Skandinaviens. Das andere war Ibsen.« Damit schließt der Bericht, zwei große Dichter mit einem Fußtritt verabschiedend, weil sie anders über die Frauen dachten als der witzige Herr Referent.

Also bis hinter Ibsen zurück reicht die Befreiung der deutschen Frau. Die »Nordischen Stimmen« allerdings wagen einzuwenden, Norwegens Entschluß sei »echt nordischem Empfinden« entsprungen. Aber das ist eine grobe Meckererei, nicht nur weil dieses Norwegen »marxistisch versucht« ist — mehr noch, weil das rassetotze Deutschland mit den Frauen ganz anders, »echt unnordische« verfährt. So jammert die »Deutsche Kämpferin«:

»Seit dem 1. Oktober 1936 werden deutsche Gerichtsassessorinnen nicht mehr im Richterdienst beschäftigt. Es ist zu bedauern, daß damit auch der unbedingt notwendige Einfluß der Frauen auf familienrechtlichem Gebiet verschwindet....«

Und der »Westdeutsche Beobachter« gibt zu:

»Die Zahl der stellunglosen Studienassessoren ist erheblich zurückgegangen. Viele von ihnen finden heute in sogenannten »halben« Stellen außerplanmäßige Beschäftigung. Die Lage der Studienassessorinnen muß als hoffnungslos bezeichnet werden. Es können deshalb alle Abiturientinnen nicht dringend genug davor gewarnt werden, sich dem Studium des höheren Lehramtes zuzuwenden.«

Wie sollte unter solchen Umständen der norwegische Beschluß in Deutschland keinen Zorn erwecken?

Die farbige Gefahr

Weich tobende Entrüstung wurde während des Weltkrieges in der deutsch-völkischen Presse verstrizt gegen die Verwendung farbiger Truppen auf europäischem Boden! »Eine Schande für die weiße Rasse, eine Sünde gegen die europäische Kultur!« Die knalldeutsche Presse überschlug sich vor Empörung und die »schwarze Schmach« war nur eines der Schlagworte, die damals in Umlauf gesetzt wurden.

Das Blatt der Kriegervereine »Der Kyffhäuser« nimmt das Thema in andere Form wieder auf. Das Blatt verweist auf Niederländisch-Indien, wo die Farbigen aus dem Marinedienst gezogen und durch Weiße ersetzt werden, weil es 1933 in der holländischen Kolonialflotte eine Farbigen-Meuterei gab. Der »Kyffhäuser« erklärt die allgemein drohende Gefahr:

»Aber als sie Maschinengewehre, Geschütze, Schiffsturbinen, Torpedorohre bedienen lernten und damit allmählich hinter die technischen Zusammenhänge kamen, schwand der Zauber um den Weißen und mit diesem die Ehrfurcht, der Glaube, ihm in Treue und unwandelbarem Gehorsam dienen zu müssen. Sie begannen, sich ihm gewachsen zu fühlen, der zweite Gedankenschritt war die Forderung: Gleichberechtigung! und der dritte führte zur Parole: Nieder mit der Herrschaft der Weißen! Wer bürgt dafür, daß die farbigen Soldaten und Matrosen ihr nicht eines Tages folgen? Gewiß, es gibt den Fahnenheld, und es gibt noch andere Bindungen an den Weißen. Aber werden sie halten, wenn die Rassegefühle einmal mit voller Wucht durchbrechen?«

Das zielt direkt gegen Franco und seine

Verbündeten, denn von ihm werden seit einem halben Jahre die Halbwilden Krieger Marokkos gegen das spanische Volk losgelassen. In Nordafrika und Asien wiegeln Gobbels Sendlinge farbige Stämme gegen die Herrschaft Englands und Frankreichs auf. Führer des Hakenkreuzes träumen mit den gelben Faschisten von der großen Revolte Afrikas und Asiens gegen den demokratischen Westen. Der vernünftige Teil Deutschlands sieht die Gefahren, die daraus für Europa erwachsen, aber dieser vernünftige Teil Deutschlands ist entmachtete, geknebelte. Sonst hätte der »Kyffhäuser« den Hasardeuren und Brandstiftern mit ihren eigenen Tiraden von ehedem aufwarten können.

Der totale Tanz

»Heute ist ja der Tanz nicht mehr ein Gegenstand eines liberalistischen Auswuchses längst vergangener Zeit, sondern verkörpert Kultur der einzelnen Völker, wobei zu bemerken ist, daß die am Königsberger Turnier teilnehmenden ausländischen Paare alle einen weeseigenen Stil beherrschen im Gegensatz zu den romanischen Völkern.«

Preuß. Ztg. Nr. 5.

Der deutsche Gruß: Bansai!

»Der Internationale Studentenklub setzte die Reihe seiner Nationalabende mit einem japanischen Abend im Cherubin-Saal des Hotels »Vier Jahreszeiten« fort...«

Dr. Freudenberg schloß seine Ansprache mit einem dreifachen »Bansai« auf die japanischen Gastgeber.«

Münchner Neueste Nachrichten Nr. 10.

Die Streicherkultur

nordischen Leistungsmenschen...

II.

Es existiert auch ein spezifisch germanischer Sternenhimmel. Sein Erforscher Otto Sigfried Reuter wurde auf der Tagung der Gesellschaft für deutsche Vorgeschichte mit einem Preis ausgezeichnet, weil er in seinem Buch »Germanische Himmelskunde« nachgewiesen habe, daß die Himmelskenntnis der Germanen unabhängig von anderen Kulturen »völlig eigenwüchsig« entstanden sei, mit einem altnordischen astronomischen Ortsbestimmungsverfahren. Damit habe er, so heißt es in den Ruhmesartikeln der deutschen Presse für Reuter, »dem völkischen Kampf einen wertvollen Beitrag geliefert«. Man erwarte von dem nunmehr sechzigjährigen Gelehrten noch weitere aufschlußreiche Arbeiten in gleicher Ausrichtung. — Das gesamte Planetensystem mit Einschluß der Milchstraße nimmt herzlichsten Anteil.

III.

Durch die Zensur der Reichsschrifttumskammer ist ein Werk geschlüpft, das von den approbierten Rasseforschern des Dritten Reiches heftig angefochten wird. Es heißt: »Germanisches Leben im Spiegel der altnordischen Dichtung, und sein Autor ist Dr. Peter Süßkand. Er wagt darin nachzuweisen, daß eine unmittelbare Beeinflussung der germanischen Kultur und der germanischen Religion vom Osten her erfolgt sei, ehe noch das Christentum mit seiner Messianisierung begonnen habe. Ja, Süßkand möchte sogar den ganzen Baldur-Mythos und die Lehre von der Weltesche Ygdrasil auf gemeinsame Ursprünge im alten Orient zurückführen. — Man sieht, daß der Mann eine schwere Rüge verdient. Schon wird die zarte Frage gestellt, ob der Name »Süßkand« nicht so gut wie alles über diese Verunglimpfung der germanischen Autonomie besagt.

IV.

Sätze ohne Kommentar aus einem Aufsatz von Professor Dr. H. A. Grunsky: »Geist ohne Blut ist nicht Geist, sondern eine fürchterliche Entartung, eine Krankheit und ein fressender Schaden. — Wenn wir nun von Blut und Geist reden, so hat dies freilich nicht das mindeste zu tun mit der Entgegensetzung, die man zwischen Körper und Geist zu machen pflegt.« — »Wir müssen neben den Wirklichkeitsfaktor der Umwelt den Wirklichkeitsfaktor der Blutwelt stellen.« — »Im Nationalsozialismus sind Umwelt und Blutwelt wieder in Uebereinstimmung gebracht worden, denn wo die Umwelt der Blutwelt entgegengesetzt ist, da ist Fremde, Angst und Verzweiflung.« — »Fällt die mittelpunktschaffende Form weg, so splittert die Blutwelt auseinander und hebt sie selbst auf.«

Für spätere Quellenforscher: dieser »mittelpunktbildende« Aufsatz heißt: »Die Einheit von Geist und Blut« und ist in nahezu sämtlichen kulturpolitischen Beilagen der nationalsozialistischen Presse erschienen...

Harald

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«, alle in Karlsbad, Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933, Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—) Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal »ehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Fra 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—) Danzig Guld 0.45 (5.40), Deutschland Mk 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk 4.— (48.—), Frankreich Fra 1.50 (18.—) Großbritannien d 4.— (54.—), Holland Gld 0.15 (1.80) Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fra 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pi 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—) Portugal Esc 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—) Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—)

Einzahlungen können auf folgende Postkonten erfolgen: Tschechoslowakische Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149, Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304, Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Warschau 194.797, Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr VIII 14.697, Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr 3029, Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad Konto »Neuer Vorwärts«, Boergrad Nr 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

werden ergänzt durch politische Abschnitte. Sie zeigen die von Hitlerdeutschland ausgehende Kriegsgefahr und den der Diktatur eingeborenen Willen zum Kriege. Sie mahnen die Leichtgläubigen, die immer noch auf Hitlers Friedensalbe schwören, ebenso eindringlich, wie die technischen Teile jene waren, die noch an den humanen Krieg glauben sollten. Leider ist, wie wir glauben, in dem Abschnitt »Die Sphinx: das deutsche Volk« das gesunde Prinzip des nüchternen realistischen Abwägens und des Fernhaltens von Illusionen nicht innegehalten worden.

M. K.

Volksgemeinschaft vor dem Sondergericht

Privatrache — nur für Pgs. erlaubt. Früher landete der Haustratsch beim Friedensrichter und wenn es hoch kam beim Amtsrichter. Jetzt — im Zeichen der neuen Volksgemeinschaft — geben sich die erzürnten Parteien nicht so leicht zufrieden. Sie ruhen nicht, bis auch das Sondergericht gesprochen hat. Denn wenn man sich mit Nachbarn richtig und genußvoll vertragen will, dann muß man vorher mit ihnen befreundet gewesen sein. Und wenn man mit ihnen befreundet war, so hat man sie unweigerlich mehr als einmal und aufs heftigste über den Nationalsozialismus fluchen hören. Sobald der erste Pumpversuch mißlungen, der erste Streik um den Waschhauschlüssel unentschieden abgebrochen, der erste Teppich während des nachbarlichen Mittagsschlüpfchens geklopft worden ist, heißt es: »Wartet nur, ich bringe eure ganze Bucht ins Zuchthaus!« Sonderrichter stürzen die Volksgenossen, die ihnen ohne Berufsmöglichkeit ausgeliefert sind, sehr gern ins Unglück, denn dafür beziehen sie ihr Gehalt. Aber selbst Sonderrichter legen auf Ueberarbeit keinen Wert — insoweit sind sie auch nur Menschen. Und so kommt es immer häufiger vor, daß sie einen der Meckerei benichtigten Angeklagten mit der Begründung freisprechen, »es rieche hier nach Privatrache«. In Königsberg erging sich an einem Tag gleich zwei solcher Fälle. Im Gerichtsbericht heißt es über den Fall 1:

»Der Angeklagte verkehrte in einer Familie, die in zwei feindliche Lager gespalten war, wobei im Laufe der Zeit der Angeklagte die Partei des Mannes nahm. Nun richtete sich der Zorn der anderen gegen ihn. Man trug alle möglichen Aeußerungen, die der Angeklagte gelegentlich gemacht hatte, zusammen und erstattete dann Anzeige. Das Sondergericht kam zu der Ueberzeugung, der Angeklagte werde vermutlich »gemoekert« haben; aber es sei doch zu berücksichtigen, daß die Denunzianten aus Rachsucht und bitterer Feindschaft gehandelt hätten, als sie Anzeige erstatteten. Das Sondergericht sei aber nicht die Stelle, um persönlichem Haß zum Siege zu verhelfen und Klatsch und Tratsch breitzutreten. Der Angeklagte wurde freigesprochen.«

Und über den Fall 2:

»Die Angeklagte bestritt leidenschaftlich, die ihr in den Mund gelegten Aeußerungen getan zu haben; wohl aber habe der Ehemann Keller die »Neuigkeit« aus Königsberg mitgebracht und sie brütharm ihr und seiner Frau erzählt. Kellers waren bereit, das gerade Gegenteil zu beschwören. Ein unglaublicher Unrat an gegenseitigen Vorwürfen und Beschuldigungen kam im Laufe der Verhandlung zutage. Es ergab sich ferner, daß die Angeklagte die Aeußerung im Februar getan haben sollte. »Sie spielen Ihre Rolle schlecht«, meinte der Vorsitzende zu dem Ehepaar Keller. »Wenn Sie solange mit der Anzeige gewartet haben, so müssen Sie doch Ihre stille Freude an der Aeußerung gehabt haben und ganz einverstanden damit gewesen sein. Die Rettung des Staates war Ihnen gleichgültig, wichtiger die Befriedigung Ihrer persönlichen Rachsucht.« Kellers waren so naiv, das glatt zugegeben.

Auch der Staatsanwalt war der Ansicht, daß auf die Zeugenaussagen des Ehepaars Keller kein Wert zu legen sei. Und da die Aussagen der anderen Zeugen nichts Belastendes für die Angeklagte ergaben, so beantragte er Freispruch mangels Beweisen. Das Sondergericht erkannte auch so.«

Es drängen sich einige Fragen auf: Wie hätte der Sonderrichter bei genau der gleichen Sachlage geurteilt, wenn der Angeber ein Parteifunktionär gewesen wäre? Wie hätte er geurteilt, wenn es sich um einen jüdischen oder politisch verdächtigen Angeklagten gehandelt hätte? Wie hätte er geurteilt, wenn von oben her just der Befehl ergangen wäre, wieder einmal ein paar Exempel zu statuieren?

Sinkende deutsche Ausfuhr

Im Jahre 1929 hatte Deutschland an dem Welthandel in Spielwaren einen Anteil von 59 Prozent. 1931 war er auf 61 Prozent gestiegen. Unter der Hitlerregierung ist er von Jahr zu Jahr gesunken und hat 1935 nur noch 43 Prozent betragen.



Reflektiert! - Thomas Mann
Ist der Thoma' denn ein Mann.
Wenn er weiter ionk nichts kann?

Wie sage ich es — auf Ceylon?

Der Sozialethiker und Erziehungswissenschaftler Eduard Spranger befindet sich auf einer Fahrt nach dem Fernen Osten. Obwohl mit Massen gleichgeschaltet und als arischer Mann von Schrot und Korn damit der Ausbürgerung entronnen, hat auch Herr Spranger den Drang nach plötzlicher Luftveränderung in sich verspürt, den heute so viele deutsche Gelehrte äußern, wenn sie auch nur das bescheidenste ausländische Angebot erhalten: Immer noch besser in Buenos Aires dritter Bibliothekar, als im Dritten Reich Rektor und Magnifizenz zu sein! Herr Spranger fährt nach Japan, zu einem dort bestehenden deutsch-japanischen Kulturinstitut.

Einestweilen hat er die größere Hälfte der weiten Reise absolviert. Den Beitrag, den er als letzten seiner Leipziger wissenschaftlichen Zeitschrift, der »Erziehung« zukommen ließ, datiert er ausdrücklich: »zur Zeit Colombo (Ceylon)«. Maximale Entfernung ist maximale Sicherheit — denkt sicher der weise Mann. Aber ein Philosoph, der einer sein will, kann bekanntlich in der Vorsicht nicht philosophisch genug sein, zumal bei obwaltenden Umständen. Wie viel gründlicher, aber sicher auch ungefährlicher kann man einem Tyrannen die Meinung geigen, wenn man nicht etwa selbst Geistesblitze vom eigenen Olymp zu verschleßen braucht, sondern es beispielsweise so macht, eines anderen Buch zu besprechen und daraus grade das zitiert, was man dem gewaltigen Herren so gern einmal unter die Weste gedrückt hätte. Und wenn nun gar noch der Verfasser kritisierten und lobend zitierten Buches ein lebhafter und ausgewachsener Hauptmann der Reichswehr ist, ganz anders sogar gegen Herrn Himmel und die Gestapo wehrhaft, als so ein bißchen — wenn auch weltberühmter — Zivilist und Honorarprofessor — je nun, dann ist in diesem Falle die Sicherheit sogar dreifach genährt.

Herr Eduard Spranger widmet also dem Buch eines Herrn Kurt Pischovius »Die soziale Widerstandskraft im modernen Kriege« eine mehr als ausführliche Besprechung. Für einen deutschen Hauptmann ebenso wie einen deutschen Professor ist die Wahl des Themas recht aktuell, sicherlich, erfolgt. Folgende Sätze zitiert nun Herr Spranger wörtlich:

»Propaganda, die die Seele mit bloßen Gewohnheitsvorstellungen erfüllen will, bleibt immer ein untergeordnetes Mittel.« Oder:

»Auf die Kreise, bei denen man hiermit (mit der Propaganda) nicht durchkommt, wirkt am besten das entgegengesetzte Verfahren, das gerade umgekehrt darin besteht, die Urteilsfähigkeit zu heben.« Oder:

»Soll es sich um die echte Wehrhaftigkeit des Geistes handeln, so muß man tiefer hineinstoßen, und zwar in das Wert- und Freiheitsleben des Nachwuchses.« Oder:

»Nur derjenige kann die Ehre des Staates voll und ganz als Oberbegriff der eigenen Ehre empfinden, der selber die Flamme der Freiheit, des Kampfes, des Rechtempfindens und des unabhängigen Urteils in sich trägt.« Oder:

»Der Feldherr muß wissen, daß die sogenannten moralischen Kräfte selbst heute Kampfgegenstand geworden sind.«

Aber was bedarf es der Fortsetzung, obwohl sie noch beliebig lang nach Pischovius-Spranger-Zitaten erfolgen könnte. Heine würde in diesem Falle sagen: Jeder Satz ist ein... und kein leerer, gegen das nämlich, was die allgemein geistige, aber auch die spezifisch wehrpolitische Verfassung des Hitlerregimes darstellt.

Sie geben es auf

Die deutschen Zeitungen melden: »Damit künftig bei allen Dienststellen einheitlich verfahren und aus der Ablehnung von Sammlungen keine falschen Schlüsse gezogen werden, weist der Reichsfinanzminister im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister darauf hin, daß auch die Sammlungen für das Winterhilfswerk in den Dienstgebäuden der unbedingt notwendigen Aufrechterhaltung eines geordneten Dienstbetriebes unvereinbar sind. Er bezieht es als selbstverständliche Pflicht eines jeden Behördenangehörigen, daß er sich an den Straßensammlungen beteilige. Infolgedessen erübrige es sich auch, in den Dienstgebäuden Sammelbüchsen des Winterhilfswerks aufstellen zu lassen.« Die Sammelbüchsen standen nämlich umher, gähnten vor Leere und forderten zu »falschen Schlüssen« geradezu heraus.

Gang durch den russischen Irrgarten

An einem einzigen Tage... Wer später einmal den Schimpf der deutschen Wissenschaft im Dritten Reich zu registrieren hat, wird kein dankbares Kapitel finden als dieses: die Beflissenheit deutscher Gelehrter, jeder Verrücktheit der herrschenden Clique die dazugehörige »wissenschaftliche« Begründung ohne erhebliche Unkosten zu liefern. Hier die Früchte eines einzigen Tages, aufgegeben aus der deutschen Presse:

I. In einer kulturpolitischen Uebung des NSO-Studentenbundes des Studentenrings und der Staatlichen Hochschule für Musikerziehung in Berlin wurde das Thema »Rasse und Musik« behandelt. Ein Professor Paul Treubler wies mit höchster Exaktheit nach, daß nur die nordische Rasse die »ideale Typik« für die Musik besitze, denn: »die Musik der dinarischen Rasse kennt beispielsweise wohl die Ober-, aber nicht die Unterdominante; auch am System der Kirchentonarten läßt sich der »Typus nichtpolarer Ausrichtung« beweisen.« Ein anderer »Gelehrter«, namens Friedrich Metzler, erläuterte das Ergebnis seiner intensiven Studien dahin, daß die melodischen Bildungen der nordischen Musik gradlinig-zielstrebig, die der ostischen »kreisförmig, rund angelegt« sei. Das sähe man am deutlichsten bei den Juden! Sie hätten, so erklärte der dritte Vortragende, namens Richard Eichensauer, die Polyphonie nur nachahmend oder zersetzend angewandt, im Gegensatz zum